Nummer 22 — Hannover, 1. Juni 1912 — 21. Jahrgang

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends.

Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1 ℳ. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlungs- und Zahlstellen-Anzeigen die 3gespaltene Kolonel-Zeile 50 ₰. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Verlag von A. Brey.
Druck von E. A. H. Meister & Ko., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: H. Schneider, Hannover.
Redaktionsschluß: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition:
Hannover, Nikolaistraße 7, 2. Et. — Fernsprech-Anschluß 3002.

Probleme des Arbeitsverhältnisses.

In der im Verlag von Eugen Diederich in Jena erscheinenden „Politischen Bibliothek" ist ein Band aus der Feder des früheren fortschrittlichen Reichstagsabgeordneten Dr. Heinz Potthof erschienen. Potthof, der unstreitig zu den entschiedensten und bestunterrichteten bürgerlichen Sozialpolitikern gehört, entwickelt in seinem Buche Gedanken, die insofern sozialistisch gefärbt sind, als sie, konsequent fortgeführt, zur Bekämpfung unsrer heutigen Wirtschaftsordnung führen müssen. Potthof zieht allerdings so weitgehende Folgerungen nicht, er begnügt sich damit, unter Anlehnung an Naumann, Reformen zu fordern, die die rechtlosen Lohnarbeiter in politisch gleichberechtigte Industriebürger umwandeln sollen. Er dürfte jedoch kaum darüber im Zweifel sein, daß so einschneidenden Reformen Verschiebungen der wirtschaftlichen und politischen Kräfteverhältnisse voraufgehen müssen, die mindestens auf dem Wege zu einer sozialistischen Neuordnung des Wirtschaftslebens liegen.

Obwohl also Potthof bei seinen Folgerungen und Forderungen auf halbem Wege stehen bleibt, sind seine Ausführungen doch so anregend und lesenswert, daß wir einige seiner Ausführungen hier wiedergeben. Potthof schreibt:

„Unsre soziale Frage ist aus der Tatsache erwachsen, daß Millionen von Staatsbürgern im Dienste andrer arbeiten und daß diese Millionen von den Arbeitgebern abhängig geworden sind. Nicht von der Person ihrer Arbeitgeber; denn unsrer Verfassung gelten alle Staatsbürger als gleichberechtigt, Sklaverei und Hörigkeit sind aufgehoben, es besteht der freie Arbeitsvertrag. Wohl aber sind die Massen abhängig von dem Vermögen ihrer Arbeitgeber. Diese Abhängigkeit bedingt drei verschiedene Hauptprobleme.

Das volkswirtschaftliche Problem bezieht sich auf die Nachteile, die der Gesamtheit erwachsen können durch die rücksichtslose Ausnutzung der Abhängigkeit, die das moderne Arbeitsverhältnis, namentlich im Großbetriebe, schafft. Die Versuchung zu rücksichtsloser Ausnutzung der Arbeitskraft liegt immer nahe, weil der Arbeitgeber heute nicht mehr (wie zu Zeiten der Sklaverei) einen Teil seines Vermögens in seinem Arbeiter anlegt, weil er deswegen nicht auf langdauernde Verzinsung und langsame Amortisation dieses Kapitals zu sehen braucht. Das tut jeder kluge Geschäftsmann von selbst bei seinen Pferden, seinen Maschinen. Beim Menschen hat er das nicht nötig, denn er fragt nicht nach den Erziehungskosten des Arbeiters, er zahlt den Wert der Leistung, wie sie da ist; und wenn der Arbeiter nicht mehr leistungsfähig ist, entläßt er ihn und nimmt einen andern in Dienst. Aber das Volk als Ganzes legt immer noch den größten Teil seines Nationalvermögens in der Ernährung und Ausbildung seiner Bürger an. In den 65 Millionen Einwohnern Deutschlands steckt mindestens der doppelte, wenn nicht dreifache Betrag dessen, was als Sachgütervermögen des Volkes auf 300/350 Milliarden Mark geschätzt wird. Von der Verzinsung dieser in den Menschen investierten 1000 Milliarden hängt das Reicher- oder Aermerwerden des deutschen Volkes in erster Linie ab. Deswegen muß das Volk und seine Organisation, der Staat, mit aller Energie darauf sehen, daß das Menschenmaterial richtig ausgenutzt wird; daß es pfleglich behandelt wird, damit jeder einzelne recht lange arbeitsfähig bleibt und durch seine Arbeit sein Volk reicher macht. Es muß verhütet werden, daß der einzelne sich auf Kosten der Gesamtheit bereichert, indem er Raubbau an der Gesundheit seiner Mitmenschen oder gar an der Lebensfähigkeit des kommenden Geschlechts treibt.

Diesem Zwecke dient das soziale Recht. Es läßt sich also nicht nur sittlich begründen, sondern auch volkswirtschaftlich. Es ist nicht Mitleid mit den Armen, sondern Staatsnotwendigkeit. Da die Ausnutzung der Arbeitskraft stets im Interesse einer hohen Kapitalverzinsung erfolgt, da das, was ausgenutzt wird und geschützt werden muß, der Mensch mit seiner Arbeitskraft ist, so liegt das Wesen der Sozialpolitik klar zutage: Schutz der Person gegen das Vermögen.

Mit diesem Schutz hat unser Recht sich seit bald hundert Jahren in bescheidenem Maße befaßt. Wir haben der Ausnutzung von Frauen- und Kinderarbeit Grenzen gezogen, haben gewisse Beschränkungen oder Verbote gesundheitsschädlicher Arbeit auch für Männer, haben Bürgschaften für Nacht- und Sonntagsruhe, Mindestbedingungen des Arbeitsvertrages und andres geschaffen. Die wohltätigen Folgen liegen auf der Hand und werden nicht mehr bestritten.

Das zweite, das privatwirtschaftliche Problem, bezieht sich auf die Verteilung des Arbeitsertrages zwischen Kapital und Arbeit, oder zwischen ihren Trägern, dem Unternehmer und dem Arbeiter. Dieses Problem ist theoretisch sehr viel erörtert, aber der Staat hat sich grundsätzlich bisher davon ferngehalten. Arbeitslohn, Unternehmergewinn und Kapitalzins regeln sich ohne gesetzliche Vorschriften, hier gibt es nur Machtfragen, keine Rechtsfragen.

Aber wird dieser Zustand dauernd bestehen bleiben können? Wir haben Machtkämpfe um Lohnhöhe und andres erlebt, bei denen die schwere Schädigung der Gesamtheit deutlich vor aller Augen lag. Soll die Gesamtheit ruhig zusehen, wenn Arbeitgeber und Arbeitnehmer durch Aussperrung und Streik sich gegenseitig zu schädigen suchen und dadurch gleichzeitig wichtige Gebiete der Volkswirtschaft lahmlegen?

Der Staat kann auf die Dauer solchen Kämpfen gar nicht ruhig zuschauen. Er tut es auch nicht. Oft genug hat die Verwaltung schon eingegriffen, um einen Lohnkampf zu beenden. Allerdings fast immer ungerecht, ohne Prüfung des Sachverhalts zugunsten der Unternehmer, indem man nicht die Erhaltung des Betriebes überhaupt, sondern die Erhaltung des Betriebes zu den bisherigen Arbeitsbedingungen als ein öffentliches Interesse hinstellte oder die Streikenden einfach zu Ruhestörern stempelte. Aber neuerdings bemüht der Staat sich auch um einen gerechten, friedlichen Ausgleich und gibt in Gewerbegerichten und Arbeitskammern Instrumente dazu.

Aber er stiftet nicht nur Frieden, sondern er greift auch schon regelnd in das Lohnverhältnis ein. Was ist unsre soziale Versicherung praktisch anders als eine Lohnregulierung, die verhindern will, daß ein vorübergehendes oder dauerndes Aufhören der Arbeitskraft den Arbeiter aller Existenzmittel beraubt. Für diesen ist die Versicherung eine Zwangssparkasse, in die er einen Teil seines Lohnes legen muß, damit er in schlechten Zeiten nicht von Almosen der Gesamtheit, sondern von dem Reste seines eigenen Verdienstes leben kann. Für die Arbeitgeber ist sie der Zwang, neben dem Lohne noch eine kleine Amortisationsquote zu leisten für den Verbrauch an Arbeitskraft und Menschenleben. Und das Reichsgericht hat vor kurzem entschieden, daß der Wucherparagraph auch auf das Arbeitsverhältnis Anwendung findet. Das bedeutet, daß nach deutschem Rechte Schundlöhne, die in krassem Mißverhältnis zur Leistung und ihrem Werte stehen, gegen die guten Sitten verstoßen: daß also der Angestellte nicht nur auf einen Lohn überhaupt, sondern auf einen einigermaßen angemessenen Lohn Anspruch hat, einen Anspruch, der durch Vertrag nicht berührt werden kann, den das Gericht herstellt, wenn im Vertrage der Arbeiter gezwungen worden ist, seine Arbeitskraft zu einem unangemessenen Satze zu verkaufen.

Und nun das dritte, das politische Problem. Unsre politische Entwicklung geht dahin, den einzelnen freier und einflußreicher zu machen. Der Untertan war nur Objekt der Gesetzgebung und Verwaltung; der Staatsbürger ist auch Subjekt. Er wirkt mit an beiden; unmittelbar an den verschiedensten örtlichen Aufgaben, mittelbar durch Wahl von Vertretern an Staats- und Gemeindeaufgaben. Unsre wirtschaftliche Entwicklung geht den entgegengesetzten Weg zu immer größerer Abhängigkeit vieler von einzelnen. Das ist die notwendige Folge unsrer auf dem Privateigentum beruhenden Wirtschaftsverfassung, nach der die Mehrheit des Volkes auf den Eintritt in ein Arbeitsverhältnis angewiesen ist. Dieses Arbeitsverhältnis muß zu einer Unterordnung unter den Betriebsleiter führen, namentlich im Großbetriebe, in dem ohne straffe Organisation und Disziplin kein erfolgreiches Arbeiten möglich ist. Aber die wachsende Macht der Inhaber und Leiter großer Unternehmen, die absolute Notwendigkeit für viele, Arbeit anzunehmen, führt dazu, daß die Arbeitgeber einseitig alle Arbeitsbedingungen vorschreiben können und daß ihre Macht weit über die Grenzen des Betriebes sich auf die Privatverhältnisse des Arbeiters und auf sein staatsbürgerliches Leben erstreckt.

Diese Gewalt des Großbetriebes über seine Angestellten macht die Wirkung staatlicher Gesetze von dem guten Willen des Unternehmers abhängig. Was nützt dem Arbeiter die Wahlberechtigung, wenn die Abstimmung nicht geheim ist und er für seine Brotstelle fürchten muß, sobald seine Entscheidung dem Arbeitgeber nicht gefällt? Was nützen Arbeiterausschüsse in Grube oder Fabrik, wenn derjenige, der sich als Wortführer unbequem macht, gewärtig sein muß, aufs Straßenpflaster zu fliegen? Was nützt die Zuziehung zu Ehrenämtern, als Schöffe oder Geschworener, die Wahl in die Stadtverwaltung und dergleichen, wenn der Arbeitgeber keinen Urlaub zur Erfüllung solcher Pflichten gibt? Was würden Gewerbegerichte, Kaufmannsgerichte, Arbeitskammern sein, wenn die Unternehmer einmal nicht wollten und allen Beisitzern kündigten?

Das Staatsbürgertum der Masse steht vielfach noch auf dem Papier und behauptet sich wirksam nur so weit, als die gewerkschaftliche Organisation Respekt einflößt, oder die Arbeitgeber verständige Achtung vor den Persönlichkeitsrechten der Angestellten zeigen. Um das Recht voll wirksam zu machen, muß das Industriebürgertum an seine Seite treten. Das heißt durch Umwandlung des Arbeitsverhältnisses aus einem Gewaltverhältnis zu einem Rechtsverhältnis muß die Sicherheit gegeben werden, daß niemand seine wirtschaftliche Macht zur Hinderung staatlich verliehener Rechte mißbrauchen kann."

Aus dem Reichstage.

Am 20. Mai standen Rechtsverträge mit Bulgarien zur Beratung, die die Rechte der Deutschen in diesem Lande regeln sollen; bislang stand ausländischen Mächten die eigene Gerichtsbarkeit über ihre Staatsangehörigen zu. Diese Gerichtsbarkeit wurde durch die Konsuln ausgeübt. Nun werden der Rechtsschutz und die Rechtshilfe auf eine andre Grundlage gestellt. Ein Vertrag bestimmt die gegenseitige Auslieferung aller gemeingefährlicher Verbrecher. Die Verträge gelangten zur Annahme. Alsdann stand das Gesetz über die Beseitigung des Branntweinkontingents zur Beratung. Nach seinem § 1 wird das Kontingent in Norddeutschland beseitigt und der höhere Steuersatz von 125 Mk. pro Hektoliter eingeführt. Ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, der die Steuer allgemein auf 105 Mk. festsetzen will, wurde abgelehnt. Seine Annahme hätte die wirkliche Aufhebung der Liebesgabe bedeutet. Der Reichskasse fließen die 36 Millionen Mark, die durch Aufhebung des Kontingents erzielt werden sollten, nicht voll zu. Vielmehr sollen jährlich aus der Verbrauchsabgabe 16 Millionen Mark zu Vergütungen für den technischen Spiritus verwendet werden. Die Sozialdemokraten beantragten hier, daß aus dem Ertrage der Verbrauchsabgaben 16 Millionen Mark jährlich zur Gewährung von Beihilfen an hilfsbedürftige Kriegsteilnehmer und zur Deckung des Mehrbedarfs, der zur Herabsetzung der Altersgrenze auf 65 Jahre für den Bezug der Altersrente notwendig ist, aufgewandt werden sollen. Auch dieser Antrag wurde abgelehnt. Bei § 7 wurde ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion angenommen, der die Bleiweißfabriken von den günstigen Bedingungen des gewerblichen Spiritus ausnimmt. Die Tendenz des Beschlusses liegt in der Bekämpfung der Bleiweißerkrankungen. Sonst prallten alle Anträge an der Mauer der Mehrheit ab.

Der Dienstag brachte einen Gesetzentwurf zur Fürsorge für die militärischen Luftschiffer. Diese neue Technik weist ja wohl relativ die höchsten Unfallzahlen auf. Absturz folgt auf Absturz, meistens von tödlichen Folgen begleitet. Von seiten der Sozialdemokratie wird daher auch ein Gesetz verlangt, das Vorsorge gegen die Unfallhäufigkeit treffen soll.

Die Wehr- und Flottenvorlagen bringen wieder einmal eine Mehrbelastung des Verbrauchs. Diesmal in der Form, daß die Ermäßigung der Zuckersteuer, die gesetzlich im nächsten Jahre wirksam werden sollte, hinausgeschoben wurde. Die Ermäßigung soll erst in Kraft treten sechs Monate nach der Einführung eines Gesetzes, welches eine allgemeine, den verschiedenen Besitzformen gerecht werdende Besitzsteuer vorschreibt, spätestens jedoch am 1. Oktober 1916. Ein solcher Entwurf soll dem Reichstag bis zum 30. April 1913 vorgelegt werden.

Weiter wurde beantragt, einen Gesetzentwurf betr. Aenderung des Erbschaftssteuergesetzes, wie er dem Reichstag bereits am 14. Juni 1909 vom Bundesrat vorgelegt worden ist, so rechtzeitig einzubringen, daß er mit dem 1. April 1913 in Kraft treten kann.

Die im Absatz 2 des allgemeinen Besitzsteuerantrages vorgesehene Quotisierung wurde abgelehnt; im übrigen gelangten die Gesetzentwürfe auf Besitz- und Erbschaftssteuer zur Annahme. Danach ist die Regierung verpflichtet, mit Besitzsteuern zu kommen. Die sozialdemokratische Fraktion lehnte die Hinausschiebung des Eintritts der ermäßigten Zuckersteuer ab, stimmte aber für Besitz- und Erbschaftssteuer.

Weiter gelangte ein Antrag zur Annahme, der von der sozialdemokratischen Fraktion gestellt war und die Regierung verpflichtet, einheitliche das Wahlgeheimnis sichernde Wahlurnen zur Verfügung zu stellen.

In dritter Lesung wurden die Wehrvorlagen endgültig Gesetz. Außer einer Erklärung, die der Sozialdemokrat Haase im Namen seiner Fraktion abgab, wurde dabei kein Wort mehr gerede. Neben der Sozialdemokratie stimmten nur die Elsässer, die Polen und der Däne dagegen. Bei der Abstimmung über die Flottenvorlage gesellten sich noch die Welfen zu der ablehnenden Minderheit. Dann wurde die Wahl des Abgeordneten Pauli (Hagenow) für ungültig erklärt. Der amtliche Apparat hatte da zu offen zugunsten der Konservativen gearbeitet.

Am Mittwoch erfolgten die dritten Lesungen der Etatsgesetze. Da gab es abermals eine Auseinandersetzung zwischen Sozialdemokratie und Kanzler. Ledebour faßte noch einmal die politischen Ereignisse der jüngsten Zeit zusammen. Besonders der Unterlassung der versprochenen Wahlreform in Preußen, den Vorkommnissen im preußischen Landtage und der Bewertung der elsaß-lothringischen Verfassung durch den Kaiser waren seine Ausführungen gewidmet. Dabei zog er auch Vergleiche zwischen dem englischen und dem deutschen Volke. Das englische Volk würde sich wohl kaum die Zerschlagung seiner Verfassung androhen lassen. Der Kanzler tat wieder einmal sehr entrüstet über die Ziele der Sozialdemokratie. Die Stunde würde kommen, in der das deutsche Volk mit der Sozialdemokratie und ihren antimonarchischen Grundsätzen abrechnen würde. Südekum machte in einer eindrucksvollen Rede darauf aufmerksam, daß der Kampf um wirtschaftliche, soziale und politische Fortentwicklung ununterbrochen sich vollziehe. Die Sozialdemokratie vertrete diesen Kampf in der entschiedensten Weise, eine persönliche Bekämpfung des Kaisers liege ihr dabei vollständig fern. Die Kreise, die den Kaiser vor den Karren ihrer Interessenkämpfe spannen möchten und ihn aufs schärfste kritisieren, wenn er ihren Standpunkt nicht teilt, ständen eigentlich politisch dem Kanzler sehr nahe. Scheidemann forderte von denen, die seine Rede kritisierten, daß sie diese erst einmal richtig lesen möchten. Er sei gründlich mißverstanden worden. Der Sozialdemokratie insgesamt läge es durchaus fern, ihre Ziele auf dem Wege der Gewalt verwirklichen zu wollen. Das Gegenteil habe sie in allen ihren Kundgebungen stets betont. An den klaren, entschiedenen Ausführungen der beiden Redner prallte die Entrüstung des Kanzlers und des Reichsparteilers Schultz wirkungslos ab.

Zum Schluß war noch abzustimmen über 5 Dutzend Resolutionen, die zum Etat des Innern eingebracht waren, und über welche noch keine Entscheidung gefällt war. Sie wurden bis auf eine zurückgestellt bis zur nächsten Tagung. Die Resolution, über die namentlich abgestimmt wurde, ist von den Konservativen eingebracht, sie hat folgenden Wortlaut:

„.... die verbündeten Regierungen zu ersuchen, noch vor der in Aussicht gestellten allgemeinen Revision des Reichsstrafgesetzbuches dem Reichstage einen Gesetzentwurf über Abänderung der Reichsgewerbeordnung bezw. des Reichsstrafgesetzbuches vorzulegen, durch den ein **wirksamer Schutz der Arbeitswilligen gegen Hinderung an der Arbeit, gegen Bedrohungen und Gewalttätigkeiten herbeigeführt und gesichert wird.**"

Die Resolution fand nur 62 unentwegte Anhänger. Mit Nein stimmten 273, 2 enthielten sich der Abstimmung und 4 Stimmen waren ungültig. Die Abstimmung stellt eine glänzende Niederlage für die Scharfmacher dar. Freilich mochte auch mancher Reichsbote, der mit Nein stimmte, obwohl er innerlich mit der Resolution übereinstimmte, zu der Auffassung gekommen sein, daß bei der jetzigen Polizei- und Spruch-Praxis den lieben Arbeitswilligen ja der stärkste Schutz zuteil wird. Die Verurteilungen im Ruhrrevier und anderswo genügen ja den stärksten Ansprüchen.

Am Mittwoch, dem 22. Mai, wurde der Reichstag bis zum 26. November vertagt. -y.

Bericht der Generalkommission für das Jahr 1911.

Im „Correspondenzblatt" Nr. 19 vom 11. Mai erstattet die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands Bericht über das Jahr 1911. Wir geben das Wichtigste daraus hier wieder. Einleitend wird über die sozialpolitische Tätigkeit des Reichstags berichtet. Es heißt darüber:

Das Arbeitskammergesetz ist während der Herbsttagung des Reichstags nicht zur Erledigung gekommen. Die Regierung hat den nun schon zum zweiten Male vom Reichstage in zwei Lesungen fertiggestellten Gesetzentwurf scheitern lassen, weil gegen ihren und der Scharfmacher Willen die Wählbarkeit der Gewerkschaftsangestellten und die Einbeziehung der Eisenbahnwerkstätten zu den Arbeitskammern vom Reichstage beschlossen worden war.

Das Hausarbeitsgesetz hat im Herbst die dritte Lesung passiert und ist am 1. April d. J. in Kraft getreten. Die bürgerliche Mehrheit war für die von den Sozialdemokraten, gestützt auf das einmütige Votum des Deutschen Heimarbeitertages, geforderten Lohnämter zur Festsetzung von Mindestlöhnen nicht zu haben. Die Hilfe aus größter wirtschaftlicher Not erwartenden Heimarbeiter wurden mit dem Linsengericht der Fachausschüsse abgefunden. Das Gesetz sieht die Errichtung von Fachausschüssen vor, die weder obligatorisch noch paritätisch sind. Sie dürfen Anträge stellen, Gutachten abgeben, Erhebungen veranstalten, Wohlfahrtseinrichtungen schaffen, aber nicht Mindestlöhne festsetzen. Die Festsetzung von Mindestlöhnen, die durch die Gesetzgebung nicht zu erreichen war, müssen die Heimarbeiter mit Hilfe der gewerkschaftlichen Organisation sich erkämpfen.

Das Versicherungsgesetz für Angestellte ist gleichfalls in der kurzen Herbstsession vom Reichstage verabschiedet worden. Durch das Gesetz werden alle Angestellte mit einem Jahreseinkommen bis zu 5000 Mark dem Versicherungszwang unterstellt. Nach Leistung von mindestens 120 Monatsbeiträgen besteht Anspruch auf Ruhegeld vom 65. Lebensjahre an oder bei früherem Eintritt der Berufsinvalidität.

Das Versicherungsgesetz für Angestellte ist mehr noch als alle andern Sozialgesetze ein Produkt der Angst vor der Sozialdemokratie. Regierung und bürgerliche Parteien waren bestrebt, die Wünsche der Privatangestellten zu erfüllen, weil man dadurch den Abmarsch dieser Wählerschichten in das Lager der Sozialdemokratie verhindern zu können glaubt. Ob diese Spekulation nicht eine verfehlte ist, soll hier nicht weiter untersucht werden. Das Ergebnis der Reichstagswahlen hat jedenfalls eine kolossale Zunahme der sozialdemokratischen Stimmen und Mandate gebracht. Das arbeitende Volk hat die Quittung ausgestellt für den fortgesetzten Verrat an seinen Interessen, den der Reichstag während der letzten fünf Jahre in so überreichem Maße verübt hat.

Der Bericht behandelt dann die Studienreise der belgischen und französischen Gewerkschaften sowie das im August 1911 in Paris veranstaltete internationale Friedensmeeting.

Der Dresdner Gewerkschaftskongreß hat bekanntlich die Generalkommission beauftragt, gemeinsam mit dem Zentralverband deutscher Konsumvereine eine gewerkschaftlich-genossenschaftliche Unterstützungsvereinigung ins Leben zu rufen, deren Aufgabe es sein soll, den Mitgliedern der Gewerkschaften und Genossenschaften, die freiwillig Beiträge leisten, und deren Familienangehörigen Unterstützung in Fällen des Todes, des Alters, der Kinderversorgung usw. zu gewähren. Die Generalkommission berichtet nun, daß die Verhandlungen, die einige Zeit nach dem Kongreß mit dem kaiserl. Aufsichtsamt für Privatversicherung stattgefunden haben, erkennen ließen, daß die Einrichtung einer Unterstützungsvereinigung ohne Rechtsanspruch gesetzlichen Schwierigkeiten begegnen würde. Nach eingehender Prüfung aller in Frage kommenden Verhältnisse haben Gewerkschaften und Genossenschaften sich dann entschlossen, zur Durchführung der Unterstützungseinrichtungen eine besondere Aktiengesellschaft zu gründen. Das erforderliche Aktienkapital wird zur Hälfte von den der Generalkommission angeschlossenen Zentralverbänden, zur andern Hälfte von den dem Zentralverband deutscher Konsumvereine angehörigen Genossenschaften aufgebracht werden. Ueber die von der gewerkschaftlich-genossenschaftlichen Aktiengesellschaft durchzuführenden Versicherungseinrichtungen sind endgültige Entscheidungen noch nicht getroffen. Diese Fragen unterliegen gegenwärtig der Begutachtung durch fachverständige Versicherungsmathematiker. Voraussichtlich wird es gelingen, noch im Laufe dieses Jahres das Versicherungsunternehmen in Wirksamkeit treten zu lassen.

Mit dem Vorstand des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine haben weiterhin gemeinsame Beratungen wegen der zur Bekämpfung der Schäden der Heimarbeit zu treffenden Maßnahmen stattgefunden. Es wurde der Inhalt eines Aufrufs vereinbart, der sich an die Mitglieder der Gewerkschaften und Genossenschaften wendet. Dieser Aufruf soll in der Partei- und Genossenschaftspresse veröffentlicht und als Merkblatt in einer Auflage von einer Million Exemplaren verbreitet werden. Auch wegen Durchführung der Vereinbarung bezüglich der Verhängung von Boykotts über die Lieferanten der Konsumvereine fanden mehrfach Verhandlungen mit dem Vorstand des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine statt, die in jedem Falle zu einer Verständigung führten.

Für das Winterhalbjahr 1911/12 ist von der Veranstaltung gewerkschaftlicher Unterrichtskurse mit Rücksicht auf die Reichstagswahlen abgesehen worden. Dafür werden im Frühjahr und Sommer d. J. zwei Unterrichtskurse für Arbeitersekretäre stattfinden.

Zum Punkt Agitation wird berichtet, daß die Anträge auf Gewährung von Zuschüssen oder Uebernahme der gesamten Kosten zur Gründung von Arbeitersekretariaten und Anstellung von Gewerkschaftssekretären im Berichtsjahre eine weitere Zunahme erfahren haben.

Finanzschwache Gewerkschaftskartelle haben vielfach auf ihren Antrag Unterstützung zur Durchführung sozialer Wahlen erhalten, ebenso die zur Rechtsauskunftserteilung erforderlichen Bücher. Zur Beschaffung von Versammlungsmöglichkeit sind auch im Berichtsjahre nicht unerhebliche Mittel aufgewandt worden. Es handelt sich in allen Fällen immer nur um Mietung geeigneter Räumlichkeiten. Für den Erwerb eigener Grundstücke gibt die Generalkommission Mittel nicht her.

Die Agitation in den Bezirken Italiens, aus denen die stärkste Einwanderung nach Deutschland erfolgt, hat in der seit Jahren üblichen Weise während der Wintermonate durch geeignete Agitatoren stattgefunden. Das in München eingerichtete italienische Sekretariat, das als Auskunfts- und Agitationsstelle für die aus der Provinz Udine kommenden Ziegelei- und Bauarbeiter dient, ist zur Zufriedenheit aller Beteiligten auch im Berichtsjahre in Tätigkeit gewesen.

Die Tätigkeit des Arbeiterinnensekretariats erstreckte sich in der Hauptsache auf die Sammlung von Agitationsmaterial und dessen zweckentsprechende Verwertung. In erster Linie ist bei allen Maßnahmen das Augenmerk auf die Aufklärung über die vorhandenen Bestimmungen der Arbeiterschutzgesetzgebung und deren Durchführung gelegt worden.

Die sozialpolitische Abteilung legt nach dem Bericht den Schwerpunkt der Abteilung in der geordneten Sammlung von Gesetzgebungsmaterialien und von wichtigeren Kundgebungen, Anregungen und Erörterungen der Tagespresse, der Zeitschriften und Fachblätter. Die Sammlung soll, nach dem Uebereinkommen zwischen Generalkommission und Parteivorstand, sowohl den politischen wie den gewerkschaftlich-wirtschaftlichen Fragen dienen. Die gesammelten Materialien werden jedoch nicht ausgeliehen, es wird vielmehr nur die Einsicht und Benutzung an Ort und Stelle gestattet. Dagegen ist die Abteilung jederzeit gern bereit, durch Auszüge, Abschriften und Hinweise auf Literatur und Quellen den gewerkschaftlich und politisch tätigen Genossen die Information zu erleichtern.

In Stat der Generalkommission ist eine wesentliche Veränderung im verflossenen Jahre nicht eingetreten. Einnahmen und Ausgaben sind um ein geringes gestiegen. Das Mehr der Mehreinnahmen gegen das Jahr vorher beträgt 22 440,13 Mk. Davon entfällt der größte Teil, 15 356,15 Mk., auf die Beiträge der Gewerkschaften infolge Zunahme der Verbände an Mitgliedern. Der Rest der Mehreinnahmen verteilt sich auf die übrigen Positionen. Die wichtigsten Ausgabeposten stellen sich wie folgt:

Ausgaben für Agitation	131 914 Mk.
Verwaltung (sachliche und persönliche)	37 249 „
Unterstützungskasse	54 336 „
Correspondenzblatt	64 049 „
Zentral-Arbeitersekretariat	18 600 „
Sozialpolitische Abteilung	19 389 „

Unter den Ausgaben weist nur der Titel 6 „Sozialpolitische Abteilung" eine nennenswerte Mehrausgabe gegen das Vorjahr auf. Sie beträgt 4915,46 Mk. und erklärt sich aus dem Umstande, daß in der vorliegenden Abrechnung für 1911 die Ausgaben der Sozialpolitischen Abteilung für ein ganzes Jahr enthalten sind, während sie in der Abrechnung im Jahre vorher, weil die Sozialpolitische Abteilung erst am 1. April errichtet wurde, nur für dreiviertel Jahr enthalten waren. Die übrigen Titel weisen nur wenig von den Ausgaben des Jahres vorher ab, sie bleiben entweder um eine Kleinigkeit dahinter zurück oder gehen um ein geringes darüber hinaus.

Die Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine im Jahre 1911.

Die Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine hat im verflossenen Jahre zum erstenmal den Umsatz von 100 Millionen Mark überschritten. Er betrug rund 110 Millionen Mark. Die genaue Zahl lautet 109 605 469,39 Mk. Diese Umsatzzunahme allein ist bereits eine Tatsache, auf die die organisierten Konsumenten stolz sein können. Für eine Großeinkaufsgesellschaft, die 18 Jahre besteht, ist eine Umsatzzunahme von 23 Prozent sehr bemerkenswert, denn die Zeit der sprunghaften Entwicklung, wie sie ein solches Unternehmen in den ersten Jahren erlebt, ist doch für die Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine längst vorüber. Die Entwicklung der Bezirkskonsumvereine bringt es mit sich, daß gegenwärtig weniger Neugründungen von Vereinen erfolgen als früher, und sie führt weiter dazu, daß manche Vereine, die seit Jahrzehnten bestehen, sich mit Nachbarvereinen verschmelzen, da große, leistungsfähige Vereine den Konkurrenzkampf mit den privatkapitalistischen Geschäften besser führen können. Obwohl man unter diesem Umstand auf eine erhebliche Zunahme der Konsumvereine, die mit der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine in Verbindung treten, nicht rechnen kann, ist doch die Zahl der Abnehmer der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine von 554 auf 574 gestiegen. Auch die Zahl der Vereine, die Mitglied bei der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine sind, ist gewachsen, und zwar von 675 auf 706. Die Lieferung von Waren, die in genossenschaftlichen Betrieben hergestellt sind, hat bei der Großeinkaufsgesellschaft im verflossenen Jahre eine weitere Ausdehnung erfahren. Wurden im Jahre 1910 für 3,6 Millionen Mark Waren aus genossenschaftlichen Betrieben vertrieben, so stieg die Zahl im abgelaufenen Jahr auf 5,6 Millionen Mark. Wie der Leser sieht, ist die relative Umsatzsteigerung hier viel größer als die allgemeine Umsatzsteigerung. Zu den genossenschaftlichen Lieferanten der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine gehört zunächst einmal die Verlagsanstalt des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, die für mehr als 1 Millionen Mark Papierwaren geliefert hat. Dann wurde von der Schlächterei des Hamburger Konsumvereins „Produktion" für 435 000 Mk. Fleischwaren gekauft. Ferner wurde an Butter und Käse für 2 Millionen Mark aus genossenschaftlichen Betrieben bezogen.

Für die Waren, die in Privatbetrieben hergestellt werden, hat die Regelung der Produktion auf konsumgenossenschaftlicher Grundlage einen weiteren Fortschritt gemacht. Es sind eine Reihe neuer Artikel in eigener Packung aufgenommen worden, so Margarine, Kornkaffee, Roggenmalzkaffee und andre. Diese Artikel werden im Auftrage der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine von privaten Fabriken hergestellt, führen aber die Marke G. E. G. Wenn die Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine auf Grund ihrer Schätzung des Bedarfes derartige Artikel in Auftrag gibt, dann findet hier nicht die übliche wilde Produktion für den Markt statt, sondern wir haben es hier mit einem Stück Produktion für den Bedarf, aufgebaut auf genossenschaftlicher Grundlage, zu tun.

Die große Bedeutung der Eigenproduktion für das Genossenschaftswesen hat man in der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine längst anerkannt. Daß wir gegenwärtig noch nicht mehr zentralisierte Eigenproduktion haben, hängt zum Teil damit zusammen, daß um die erste Seifenfabrik bekanntlich ein jahrelanger Kampf ausgefochten werden mußte. Nun die Seifenfabrik Mitte 1910 endlich ihren Betrieb beginnen konnte, zeigt sich aber auch, daß die organisierten Konsumenten sich hier eine erstklassige Musterfabrik geschaffen haben, die den Vergleich mit jedem privatem Konkurrenzunternehmen aushalten kann. Der Umsatz der Seifenfabrik betrug 1,37 Millionen im Jahre 1910, stieg 1911 auf 4,7 Millionen Mark. Auch wenn man berücksichtigt, daß das Geschäftsjahr 1910 der Seifenfabrik nur 6 Monate zählt, so ist die Zunahme doch noch immer sehr erheblich. Es wurden 9,6 Millionen Kilogramm Seifenfabrikate und 25 800 Gros Toilettenseifen im ablaufenden Jahre hergestellt. Beschäftigt wurden Ende 1911 in der Seifenfabrik 226 Personen, darunter 110 Arbeiter und 93 Arbeiterinnen. Die Gesamtsumme für Lohn und Gehälter beträgt 229 000 Mark.

Die drei Zigarrenfabriken in Frankenberg, Hockenheim und Hamburg haben ihren Umsatz ebenfalls erheblich gesteigert. Er stieg von 2,14 Millionen Mark auf 2,7 Millionen Mark, also um mehr als eine halbe Million Mark. Es wurden 37 000 Mille abgesetzt gegenüber 30 000 Mille im Jahre 1910. Die Folgen des Tabakwerizolles sind jedoch noch nicht völlig überwunden. Genauere Vergleiche, wie sie im Geschäftsbericht der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine angestellt werden, zeigen, daß der Umsatz in Zigarren besserer Preislage noch nicht wieder die alte Höhe erreicht hat. Die Kaffeerösterei der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine erzielte im verflossenen Jahre einen Umsatz von 1 667 081 Kilogramm. Eine weitere Ausdehnung der Eigenproduktion steht bevor. Mitte des Jahres wird voraussichtlich die von der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine angekaufte Zündholzfabrik in Lauenburg (Elbe) in Betrieb gesetzt werden. Ferner wird die Kautabakarbeiter-Genossenschaft in Nordhausen in die Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine aufgehen. Die Generalversammlung der Kautabakarbeiter-Genossenschaft in Nordhausen hat einen entsprechenden Beschluß gefaßt. Für weitere Ausdehnung der Eigenproduktion sind Vorbereitungen im Gange.

Vor einiger Zeit ging durch die Reichsverbandspresse eine Notiz über schlechte Löhne und Arbeitsverhältnisse in der Seifenfabrik der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine m. b. H. in Gröba-Riesa. Selbstverständlich war in der Notiz noch nicht einmal das übliche Körnchen Wahrheit enthalten. Die Erklärung der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine m. b. H., die diese versandte, zeigte jedem objektiven Beurteiler sofort zur Genüge, wie wenig berechtigt die Angriffe waren. Trotzdem werden sie wahrscheinlich wieder einmal auftauchen. Da ist es denn von besonderem Interesse, zu sehen, wie die Dinge tatsächlich liegen. Die Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine m. b. H. hat mit den beteiligten Gewerkschaften für ihre sämtlichen Arbeiter Tarifverträge abgeschlossen. Auch für das Kontorpersonal ist ein Tarifvertrag mit dem Zentralverband der Handlungsgehilfen abgeschlossen worden. Die tatsächlichen Löhne und Gehälter gehen jedoch über die Grenzen dieses Vertrages hinaus. Ferner zahlt die Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine m. b. H. die gesamten Beiträge zur Sozialversicherung für ihr Personal. Das macht allein 40 000 Mk. im Jahre aus. Dann zahlte sie 25 000 Mk. an Beiträgen für die Unterstützungskasse des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine. Insgesamt kommen an Mehrleistungen über das Maß, zu dem die Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine m. b. H. durch ihre Verträge verpflichtet ist, 100 000 Mk. zusammen. Diese Summe kann man jedoch erst recht würdigen, wenn man bedenkt, daß es selbstverständlich einem Unternehmen wie der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine m. b. H. nicht möglich ist, Arbeitstarifverträge abzuschließen mit Löhnen, die sich unter dem in der Konkurrenz üblichen Niveau bewegen. —

Das Personal, das im Vorjahre 1155 Personen zählte, ist im Berichtsjahr auf 1297 Köpfe angewachsen. Es sind beschäftigt 3 Geschäftsführer, 6 Prokuristen, 6 leitende Beamte in den Abteilungen Verwaltung, Zigarrenfabriken und Seifenfabrik, 7 Lagerverwalter, 10 Vertreter, 8 Abteilungsvorsteher, 1 Architekt, 2 Chemiker, 239 Kontoristen, 1 Aufsichtsdame, 23 Maschinenschreiberinnen, 2 Telephonistinnen, 28 Boten, 11 Lehrlinge, 1 Hausmeister, 1 Heizer, 4 Kantinenfrauen, 1 Lagermeister, 1 Kellermeister, 7 Röster, 46 Lagerarbeiter, 65 Lagerarbeiterinnen, 10 Werkmeister, 286 Zigarrenarbeiter, 317 Zigarrenarbeiterinnen, 3 Siedemeister, 110 Fabrikarbeiter, 93 Fabrikarbeiterinnen.

Nicht nur auf dem Gebiete des Warenhandels und der Eigenproduktion kann die Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine auf befriedigende Fortschritte zurückblicken, sondern auch in ihrer Bankabteilung. Diese Bankabteilung zählte für 1911 369 Inhaber von Girokonten. Der Gesamtumsatz auf einer Seite des Hauptbuches betrug 1911 491 Millionen Mark gegenüber 347,5 Millionen Mark im Vorjahre. Diese Zunahme ist doppelt erfreulich, wenn man bedenkt, daß die Bankabteilung der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine dazu beiträgt, nicht nur den Konsumvereinen eine angemessene Verzinsung ihrer Geld- und Kapitalüberschüsse zu ermöglichen, sondern auch eine angemessene Verwendung. Es ist jedem Konsumverein leicht gemacht, seine Kapitalüberschüsse, die er zu einer bevorstehenden Ausdehnung der Eigenproduktion, als auch zu neuen Bauten ansammelt, sowie die aus seiner Sparkassentätigkeit sich ergebenden Gelder zinsbringend anzulegen. In der Regel werden aber die Banken diese Gelder Zwecken zuführen, die die organisierten Konsumenten nicht fördern möchten. Ferner ist es für Konsumvereine, die sich ausdehnen wollen, ganz außerordentlich schwierig, das nötige Kapital zu entleihen, das sie brauchen, bis ihre Finanzen sich dem neuen Stand der Dinge angepaßt haben. Hier tritt nun die Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine ein und befreit die Vereine von der Abhängigkeit von den Privatbanken. — Der Reingewinn der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine belief sich auf 1,1 Mill. Mark. Für jeden, der die vorsichtige Finanzpolitik der Großeinkaufsgesellschaft kennt, ist es klar, daß reichlich Abschreibungen gemacht sind, aber auch dieser Ueberschuß wird nicht ausgeschüttet. Die angeschlossenen Vereine erhalten nur 200 000 Mark, während der Rest zur Stärkung der eigenen Mittel verwendet wird. Von diesen 200 000 Mark fließt übrigens ein großer Teil in Form von neuen Einzahlungen auf Geschäftsanteil wieder der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine zu.

Die Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine hat in einem Jahre, das durch Dürre und Teurung manche anormale Verhältnisse brachte und den Betrieb eines derartigen Unternehmens nicht gerade leicht gestaltete, einen höchsterfreulichen Aufschwung genommen und damit gezeigt, daß sie ein Unternehmen ist, das sich ebenso durch seine solide Fundierung wie durch seine zielbewußte Geschäftsführung auszeichnet. Bereits steht die Großeinkaufsgesellschaft an dritter Stelle unter allen andern Großeinkaufsgesellschaften der Welt. Hoffen wir, daß die genossenschaftliche Treue der deutschen Konsumgenossenschafter es bald dahin bringt, daß die deutsche Großeinkaufsgesellschaft unmittelbar hinter der englischen rangiert.

Zum Verbandstage.

Es wird viel über die Abgrenzung des Agitationsgebiets diskutiert, auch dabei die Meinung vertreten, daß es an der Zeit wäre, eine bessere strikte Grenze für das Agitationsgebiet des Fabrikarbeiterverbandes zu schaffen. Im Statut ist das Organisationsgebiet wohl eingehend detailliert, aber nach den Erfahrungen kommen leider sehr viele Klagen, daß Mitglieder vom Fabrikarbeiterverband gezwungen werden, dem Beschäftigungswechsel auch den Verbandswechsel folgen zu lassen. Es liegt in der Natur der Dinge, daß keinem Mitgliede irgendeiner Organisation der Uebertritt zu einem andern Verbande angenehm ist; auch schon deshalb, weil er die Einrichtungen und die Taktik seiner Organisation kennt und bei einer andern Organisation neu lernen muß. Es kommt nun bei Arbeitern der verschiedensten Kategorien vor, daß der Beschäftigungswechsel ununterbrochen besteht, und von diesen Kollegen kann man doch nicht fordern, daß sie neben ihrer fliegenden Existenz oder Beschäftigung, zu der sie aus ganz natürlichen Gründen leider gezwungen werden, denselben fliegenden Zustand mit der Organisation beginnen. — Es wäre wohl der Gerechtigkeit hohnsprechend, wollte man hier den Verbandskollegen nicht selbst über die Zugehörigkeit zur Organisation bestimmen lassen. Wo ein Berufswechsel vorgenommen werden muß, und der Kollege sieht, daß der neue Beruf von Dauer sein wird, die Mitarbeiter gehören aber einer andern Organisation an, so ist es wohl als selbstverständlich anzusehen, daß dieser Kollege schon aus praktischen Gründen seinen Uebertritt erklärt. Ich erachte es deshalb nicht für erforderlich, daß das Statut bezüglich „Abgrenzungsgebiet" geändert wird und befürchte, man würde damit das Gegenteil von dem erreichen, was man wollte. Simus.

Ein paar Worte zum 3. Punkt der Tagesordnung: Ich stehe auf dem Standpunkt, daß es eine der vornehmsten Aufgaben des Dresdner Verbandstages sein dürfte, den Bestrebungen andrer Organisationen, unser für uns festgelegtes Agitationsgebiet einzuengen, ganz energisch zurückzuweisen und den Funktionären noch mehr Mittel und Wege in die Hände zu geben, welche es ihnen ermöglichen, diesen Bestrebungen in wirksamer Weise entgegentreten zu können. Aber anderseits muß meines Erachtens der Verbandstag ebenso energisch den Bestrebungen derjenigen Kollegen entgegentreten, welche nach wie vor versuchen, in den für uns nicht zuständigen Betrieben Mitglieder für unsern Verband zu werben. Verschiedene Teilnehmer des Münchener Verbandstages werden sagen: „Seht mal den Rücker an, wie der sich gemausert hat!" Gewiß! ich habe bis 1908 noch auf dem Standpunkt gestanden und habe demselben auch in München Ausdruck verliehen, daß wir alle ungelernten Arbeiter für unsern Verband organisieren sollten, ganz gleich, in welchen Betrieben dieselben arbeiten. Ich habe mich jedoch im Laufe der Zeit durch die Erfahrungen eines Bessern belehren lassen. Einen Standpunkt, wie ihn schon mehrere Kollegen unter der Rubrik „Zum Verbandstag" im „Proletarier" veröffentlicht haben, habe ich denn doch noch nicht vertreten und dürften denselben auch nur sehr wenige Kollegen teilen. Der Arbeiter soll frei sein! Gewiß! Aber „Freiheit, die ich meine. . . .", die sieht denn doch etwas anders aus. Wohin kämen wir wohl, wenn es jedem Arbeiter gestattet wäre, sich zu organisieren, wo er will, ganz gleich, welchen Beruf er ausübt! Wenn das gang und gäbe wäre, könnten wir mit unsrer Arbeiterbewegung, wie der Berliner zu sagen pflegt: „einpacken."

Nein! Jeder Arbeiter gehört in die Organisation, die für den Betrieb und Beruf, in welchem er arbeitet, zuständig ist, denn nur so ist es ihm möglich, sich eine wirksame Vertretung seiner wirtschaftlichen Interessen zu sichern. Die Leitung der Zahlstelle Berlin steht seit langem auf diesem Standpunkt und sie fährt gut dabei, denn Zeit, Geld und Kraft werden daher zugunsten derjenigen Arbeiter verwendet, welche in den für uns zuständigen Betrieben arbeiten. H. Rücker, Berlin.

Ein unerquickliches Kapitel in der Geschichte der freien Gewerkschaften sind die ewigen Grenzstreitigkeiten. Erhebende Momente sind es sicher nicht, wenn zwei Gewerkschaftsvertreter, die doch beide das Beste der Allgemeinheit wollen, sich gegenseitig in den Haaren liegen und jeder seine Organisation als das Allheilmittel gegen Unterdrückung und Ausbeutung anpreist. Daß dabei nicht immer mit den lautersten Mitteln gearbeitet wird, beweist leider jeder Tag aufs neue. Die lachenden Dritten sind immer die Unorganisierten, die etwas Derartiges als Ausrede unsern Vertrauensleuten bei jeder Gelegenheit vorhalten mit den Worten: „Schafft erst mal bei euch Einigkeit, ihr wißt ja selbst nicht, was ihr wollt!" Hier muß eben in irgendeiner Form eine Regelung geschaffen werden, sei es durch Uebereinkommen mit den Zentralvorständen, sei es durch strenge Abgrenzung des Agitationsgebiets. Ich fürchte, es wird aber auch hier so kommen: „Es kann der Beste nicht in Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbar nicht gefällt!" Das einzig Richtige wäre hier eben die Verschmelzung der einzelnen Verbände. Bis dahin wird allerdings noch viel Wasser die Spree hinabfließen. Beistimmen kann ich aber hier nicht dem Kollegen Händel, der die Angestellten als das Hindernis auf dem Wege bezeichnet. Ein Beamter, der sich dem Zuge der Zeit entgegenstellt, würde bald von der Bildfläche verschwinden. Nun aber zu der Frage der Betriebsorganisation. Kollege Lewin sagt schon ganz mit Recht so einfach ist die Sache nicht, ich möchte sagen, sie ist kaum durchführbar. Es mag sein, daß man die Reparaturschlosser vielleicht auch etliche andre betriebsfremde Arbeiter für unsre Organisation gewinnen kann, aber es wird nicht möglich sein, die Kupferschmiede uns zuzuführen. Ich verweise da nur auf die Verschmelzungsverhandlungen mit den Metallarbeitern, die scheiterten mußten an der Hartnäckigkeit der Kupferschmiede. Die Kollegen würden nicht zum Uebertritt zu bewegen sein. Noch schwieriger liegen die Verhältnisse in der Gummiindustrie. Die ungeheure Entwicklung und Konzentration der Elektrizitätsbranche hat es mit sich gebracht, daß fast alle Firmen eigene Gummiwerke errichtet haben. Wir rechnen zurzeit mit ca. 1000 Gummiarbeitern in den bezeichneten Fabriken. Jeder wird zugeben müssen, daß die Interessen dieser Arbeiterkategorie nirgends so gut gewahrt werden können, als im Fabrikarbeiter-Verband. Wenn wir nun die Betriebsorganisation als für uns geltend durchführen, müssen wir damit rechnen, daß der Metallarbeiterverband für sich das gleiche Recht in Anspruch nimmt und die Gummiarbeiter der betr. Branche für sich reklamiert, wie es ja zum Teil auch heute schon, allerdings zu Unrecht, geschieht. Die Kollegen in den Fabriken, wo nur Gummiwaren fabriziert werden, gehören nur ohne Zweifel in unsern Verband. Wenn aber die Hälfte der Gummiarbeiter hier, die andre dort organisiert ist, würde man das Gegenteil von dem erreichen, was man durch die Betriebsorganisation eigentlich erreichen will, nämlich Zersplitterung anstatt einheitlicher, fester Organisation. Wir werden aber auch in den Gummifabriken niemals die Eisendreher, bekanntlich eine der Kerntruppen der Metallarbeiter, für uns gewinnen. Wir müssen ferner damit rechnen, daß in nicht zu ferner Zeit die Elektrizitätsfirmen eigene Papierfabriken errichten, wie heute schon eigene Porzellanfabriken bestehen. Aehnlich so liegen die Dinge in den Magnesiafabriken zwischen Schlossern und unsern Kollegen, in den Margarinefabriken zwischen Böttchern und unsern Leuten. Dasselbe dürfte in verschiedenen andern Fabrikationszweigen der Fall sein. Ein paar Worte über die Kabelwerke. Hier ist, ich weiß nicht aus welchen Gründen, der Metallarbeiterverband die zuständige Organisation. Wohl weiß ich, daß hier viel Metallarbeiter beschäftigt sind, aber ein größerer Teil gehört ohne weiteres in unsern Verband, ich nenne nur die im Walzwerk, an den Spritzen und bei der Herstellung der Isolierung Beschäftigten. Alle

diese Arbeiter würden dann vom „Großen Bruder" reklamiert werden, weil wir ja selbst die Betriebsorganisation wollen. Die Arbeiter aber dürften dabei nicht so gut fahren wie bei uns. Alle diese Schwierigkeiten sind meiner Meinung nach zu wenig beachtet, man hat die Frage zu sehr vom einseitigen Standpunkte aus behandelt. Ich sehe einen Ausweg aus diesem Dilemma nicht, vielleicht, daß ein andrer Kollege dieses Rätsel löst.

Wilhelm Reimann, Berlin.

In Nr. 13 des „Proletariers" schreibt der Kollege Hegemann, Hamburg, betreffs Abgrenzung unsres Agitationsgebiets, daß die Anträge, die den Zusammenschluß aller ungelernten Arbeiter bezwecken, undiskutabel seien, weil die Entwicklung zum Industrieverband führe. Wenn man das auch allgemein als richtig anerkennen muß, so kann und darf man sich aber nicht verhehlen, daß diese Entwicklung auch starke Lücken aufzuweisen hat. So reklamiert z. B. der Metallarbeiterverband alle Hilfsarbeiter in den für uns zuständigen Betrieben, die bei der Metallverarbeitung behilflich sind, für sich. Ebenso macht es der Holzarbeiterverband betreffs der Hilfskräfte bei der Holzbearbeitung in diesen Betrieben. Sollen sich aber Industrieverbände richtig entwickeln, so müssen und können diese Verbände nur da zuständig sein, wo ihre Berechtigung durch die Tatsachen zweifellos und klar gegeben ist. In den für unsern Verband zuständigen Fabriken hätten sie dann aber gar nichts zu suchen; immer vorausgesetzt, daß das Prinzip zum Industrieverband streng durchgeführt werden soll. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der gelernten Arbeiter, die in für uns zuständigen Betrieben beschäftigt sind, richten sich doch mehr nach der Organisationsstärke der ungelernten Arbeiter dieser Betriebe, als nach den derzeitigen Lohn- und Arbeitsverhältnissen in der Eisen- und Holzbearbeitungsindustrie, in der sie zurzeit nicht beschäftigt sind. Das Prinzip der Industrieverbände ist aber von vornherein durchbrochen und gerade deshalb könnte man wohl eine Zentralorganisation aller ungelernten Arbeiter empfehlen. Es ist meines Erachtens bereits ein Fehler gemacht worden, daß dem Bäckerverband die Schokoladenfabriken zugewiesen worden sind. Fast überall in den Orten, wo Schokoladenfabriken sind, sind in der Regel auch Zuckerraffinerien, die den Zucker für jene liefern und wo die Arbeiter und Arbeiterinnen dieser Betriebe von einem zum andern hinüber und herüber wechseln. So ist es hier in Tangermünde. Wir haben hier schon dadurch Kollegen und Kolleginnen aus unsrer Organisation verloren, die in der Schokoladenfabrik Arbeit nahmen, in der wir aber kraft der gewerkschaftlichen Vereinbarungen agitatorisch und organisatorisch nichts zu suchen haben. Das Bäckerdutzend Konditoren oder Zuckergießer, die dort unter annähernd 300 Hilfsarbeiterinnen und -arbeitern beschäftigt sind, haben aber durch ihr hochfahrendes Benehmen den andern Arbeitern und Arbeiterinnen gegenüber bewiesen, daß sie zur Agitations- und Organisationsarbeit untauglich sind, ja daß sie nicht einmal den ehrlichen Willen dazu haben, mit diesen Hilfsarbeitern solidarisch zu verkehren. Die Mißerfolge sind denn auch nicht ausgeblieben; denn dieser Betrieb ist bis auf weiteres den Gelben verfallen. Aus allen diesen angeführten Gründen erscheint mir eine klare Abgrenzung fast unmöglich, und geht die Entwicklung über Industrieverbände, die meines Erachtens nur eine vorübergehende und nicht klar durchführbare Form sind, mit Naturnotwendigkeit zum festen und engsten Zusammenschluß aller freien Gewerkschaften. Dieses ist auch gar nicht so unmöglich und schwer, wie es auf den ersten Blick erscheinen mag. Das ganze Land kann nach Bezirken ähnlich unsrer Gauabgrenzung eingeteilt werden und kann innerhalb dieser die Agitations- und Organisationsarbeit branchenweise vor sich gehen.

Karl Krüger, Tangermünde.

Papier-Industrie

+ **Achtstundentag in Papierfabriken.**

In einer großen Feinpapierfabrik wurde am 24. April dieses Jahres folgende Bekanntmachung angeschlagen:

„Vom Montag, dem 6 Mai, an wird diese Fabrik in täglich drei Schichten und 144 Stunden in der Woche betrieben werden. Der Fabrikbetrieb dauert von 7 Uhr früh des Montags bis 7 Uhr abends am Sonntag. Der Schichtwechsel erfolgt um 7 Uhr früh, 3 Uhr nachmittags und 11 Uhr nachts. Die Arbeitszeit aller Schichtarbeiter beträgt 8 Stunden, und sie müssen während der Zeit ständig im Dienst sein. Doppelschichten beim Schichtwechsel am Sonntag werden nicht gemacht. Jeder Schichtarbeiter erhält für die Achtstundenschicht denselben Lohn, den er jetzt für die Zwölfstundenschicht hat. Zweck der Neuerung ist die Arbeitsverhältnisse der Arbeiter dieser Fabrik zu verbessern, und wir hoffen auf herzliche Mitarbeit aller, um zu ermöglichen, daß wir durch diese Aenderung im Wettbewerb nicht geschädigt werden."

Es bedarf nicht der besonderen Versicherung, daß die Arbeiter der Fabrik, die mit diesem Anschlag ein erhebliches Maß sozialer Einsicht bekundete, über diese Regelung hocherfreut waren. Zumal mehrere andre Feinpapierfabriken dem guten Beispiel sofort folgten. Selbstverständlich ist es keine deutsche Fabrik, die so vernünftige Ansichten hat; es handelt sich vielmehr um die Fabrik von Crosker-Mc. Elwain in Holyoke (im Staate Massachusetts in Nordamerika). Die deutschen Papierfabrikanten werden sich bekreuzigen und Herr Ditges wird drei Monate in Trauer gehen, weil die amerikanischen Kollegen so wenig Rücksicht nehmen auf die vorgeschichtlichen Anschauungen der deutschen Zünftler.

+ **Niedriger hängen.**

Ueber die nunmehr beendete Arbeitseinstellung in der Zellulose- und Papierfabrik in Münden (Hannover) bringt die „Papier-Zeitung" einen den „Mündenschen Nachrichten" entnommenen tendenziösen Bericht, der verdient, niedriger gehängt zu werden. Wir lassen denselben im Wortlaut folgen:

In der Zellstoffabrik in Hann.-Münden, einer Zweigfabrik der Zellulosefabrik Höcklingsen bei Hemer i. Westfalen, brach am 9. Mai wegen Lohnfragen ein Ausstand aus, an dem etwa 60 Arbeiter beteiligt sind. Schon vor einiger Zeit hatten die Arbeiter um Lohnerhöhung gebeten, die ihnen aber abgelehnt worden war, weil die Zellstoffabrik mit zu den Fabriken gehört, die die höchsten Löhne am Platze und in dieser Industrie bezahlen. Trotzdem legte Herr Direktor Kteine die Angelegenheit dem Aufsichtsrat der Fabrik vor, der aber gleichfalls zu einer Ablehnung der Forderungen kam. Nun erhielt der Leiter der Fabrik einen Einschreibebrief vom Verband der Fabrikarbeiter in Hannover, in dem ihm ein Tarif vorgelegt wurde. Die Fabrikleitung lehnte es ab, mit dritten Personen über Lohnfragen zu unterhandeln. Da erschien der Sekretär des Verbandes und auch ein Gewerkschaftssekretär aus Dresden. Nachdem diese erfahren hatten, was für Löhne bezahlt worden seien, erklärten beide, daß man ihnen unrichtige Angaben gemacht hätte und daß sie unter keinen Umständen eingegriffen haben würden, wenn sie von dem wahren Sachverhalt unterrichtet gewesen wären. Sie haben dann beide die Arbeiter gewarnt, in einen Ausstand einzutreten. Trotzdem fand am 8. Mai eine Zusammenkunft der Zellstoffabrikarbeiter statt, in der sofortige Arbeitsniederlegung beschlossen wurde. Am 9. Mai früh traten dann etwa 60 Arbeiter in den Ausstand. Die meisten Arbeiter sind mit den bisher gezahlten Löhnen zufrieden, die auch durch den Tarif nicht höher werden würden. Sie haben aber gleichwohl auf die Reden einiger weniger unzufriedener Leute gehört. Die Fabrik wird von den Ausständigen, denen sich noch andre Leute angeschlossen haben, umstellt. Dieser Ausstand soll nur ein Versuch sein, der, wenn er Erfolg für die Ausständigen hat, sich auch auf die andern Fabriken der Stadt ausdehnen soll.

Die geradezu haarsträubenden Verdrehungen, Entstellungen und Unwahrheiten lassen die Absichten des Schreibers der Darstellung und seiner Hintermänner unschwer erkennen. Der Direktor der Fabrik hat allerdings gelegentlich einer Unterredung mit zwei Verbandsfunktionären aus Hannover diesen eine Lohnliste vorgelegt, deren Richtigkeit im Moment nicht bestritten werden konnte, aber die Arbeiter erklärten nach erfolgter Rücksprache und wiesen zum großen Teil durch Vorlegung der Lohntüten nach, daß auch hier das Wort von Jochen Brümmer aus Fritz Reuter gilt: „Rindfleisch un Plummen is en schön Gericht, doch, mine Herren, ick krig 't man nicht." Wie sehen nun die „höchsten Löhne am Platze und in dieser Industrie" aus? 3,50 Mk. bis 3,75 Mk. für Maschinenführer bei 12stündiger Schicht. Für die Holzkolonne 3,25 Mk. bis 3,90 Mk., für den Kesselheizer 2,25 Mk. Tagelohn und pro Kocher 1,25 Mk. extra. Es wird aber nicht alle Tage ein Kocher gemacht. Der Kohlenzieher verdiente 3,70 Mk. pro Tag, muß 7 Schichten und Ueberstunden machen, und der Kutscher erhielt 45 Mk. für 14 Tage. Nimmt man noch hinzu, daß beispielsweise für die Holzkolonne 32 Pfg. Stundenlohn gefordert wurde (bisher wurde weniger bezahlt), so erhält man einen Begriff von dem horrend hohen Lohn „am Platze und in dieser Industrie". Dann sollen die Verbandsfunktionäre erklärt haben, wenn sie von dem wahren Sachverhalt unterrichtet gewesen wären, würden sie unter keinen Umständen eingegriffen haben. Die Darstellung ist falsch. Auf den wiederholten Vorwurf, daß durch das Eingreifen des Verbandes und seiner Beamten das bisherige jahrelang bestandene gute Einvernehmen zwischen Fabrikleitung und Arbeitern gestört worden sei und den Arbeitern jetzt der Rat zum Streik gegeben werden solle, ist dem Direktor gesagt worden: Den Rat zur Arbeitseinstellung braucht man nicht zu geben, darüber erwägen und beschließe letzten Endes die Arbeiterschaft selbst. Von einer geradezu naiven Selbsttäuschung zeugt die in der Unterredung mehrfach vom Direktor und jetzt auch in den „Mündenschen Nachrichten" aufgestellte Annahme, die meisten Arbeiter seien mit den bisherigen Löhnen zufrieden gewesen, nur einige wenige Unzufriedene nicht, und die Löhne würden auch durch den eingereichten Tarif nicht höher werden. Merkwürdige Zufriedenheit, die sich in der fast vollständigen Arbeitsniederlegung äußert. Dadurch sollte auch die Firma eines Besseren belehrt worden sein. Daß die zufriedenen Arbeiter sich einmütig von einzelnen Unzufriedenen in den Streik treiben lassen, glaubt im Ernste doch wohl niemand. Wenn durch den geforderten Tarif die Löhne keine Erhöhung erfuhren, warum hat man ihn denn nicht bewilligt? Am Schluß wird dann ganz schlankweg die Behauptung aufgetischt, der Ausstand solle nur ein Versuch sein und im Falle des Gelingens sei dessen Uebertragung auf die andern Fabriken der Stadt beabsichtigt. Man wollte also den Anfängen Widerstand entgegensetzen. Woher hat man diese Kenntnis? Den Arbeitern der für den Fabrikarbeiterverband zuständigen Betriebe, in denen ja die Löhne noch schlechter sein sollen als in der Zellstoffabrik, müßte dieser Angstruf der Unternehmer ein Fingerzeig zum Ausbau der Organisation sein.

+ **Tödlich verunglückt.** Ein gräßlicher Unglücksfall ereignete sich am 6. Mai in der Zellulosefabrik von Hoesch u. Ko. Bei Arbeitsschluß war der Arbeiter Karl Müller aus Pirna in den Separator, den er abgekuppelt hatte, gestiegen, um einen hineingefallenen Gegenstand heraufzuholen. Als er sich unten befand, setzte sich der Separator in Bewegung und richtete den Unglücklichen fürchterlich zu. Auf seine Hilferufe eilte ein Kollege herbei, der den Separator abkuppelte und den Unglücklichen aus seiner Lage befreien konnte. Dieser hatte außer mehreren schweren Arm- und Beinbrüchen an allen Teilen des Körpers, namentlich am Kopfe, schwere Verletzungen. Mitglieder des Samaritervereins brachten ihn nach dem Krankenhause Dohna-Heidenau, wo er kurz nach seiner Einlieferung starb.

Verschiedene Industrien

* **Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Zuckerraffinerie Hildesheim.**

Wenn man die bürgerlichen Zeitungen zur Hand nimmt, wird man finden, daß ein Blatt immer mehr wie das andre des Lobes über die alte Bischofsstadt Hildesheim voll ist. Unwillkürlich muß man zu der Annahme gelangen, daß in einer so herrlichen Gegend alles in Butter liegt. Wer aber Gelegenheit hat, in der Nähe der Zuckerraffinerie die blassen, abgehärmten und abgerackerten Gestalten, die in dem Betriebe arbeiten, zu sehen, der sieht auf den ersten Blick daß auch in den Betrieben des herrlichen Hildesheim recht traurige Verhältnisse vorhanden sind, deren Abschaffung unbedingt notwendig ist.

Von einem Betriebe wie die Zuckerraffinerie, die weltberühmt ist, sollte man annehmen, daß einigermaßen gute Lohn- und Arbeitsverhältnisse vorhanden seien. Doch weit gefehlt! Zunächst ist noch eine 10½stündige Arbeitszeit und die 24stündige Wechselschicht vorhanden. Aber auch der Lohn für die überlange Arbeitszeit gibt viel Anlaß zur Kritik. Durch eine Statistik, welche vor einigen Wochen von unserm Verbande aufgenommen wurde und an welcher sich 123 Kollegen beteiligten (bedauerlicherweise hat sich ein Teil der Kollegen an der Aufnahme nicht beteiligt), wurde festgestellt, daß diese in den letzten 14 Tagen zusammen 5689,11 Mk., ohne Abzug der Invaliden- und Krankenkassenbeiträge, verdient hatten. Für den einzelnen in 14 Tagen 46,25 Mk. Rechnet man nun für die eine Woche sechs und für die andre Woche sieben Schichten, so beträgt der Verdienst 3,55 Mk. pro Schicht oder 23,12 Mk. pro Woche. Nimmt man nun die von der Direktion herausgegebenen Mitteilungsblätter zur Hand, so finden wir dort folgende Angaben über die Durchschnittslöhne pro Woche: Im Jahre 1907 betrug der Lohn 24,15 Mk., im Jahre 1909 24,07 Mk. und im Jahre 1911 24,41 Mk. Der von uns für 1912 ermittelte Lohn bleibt hinter die hier angegebenen Sätze ganz erheblich zurück. Trotzdem die Lebensmittelpreise gestiegen und Hildesheim überhaupt ein teures Pflaster ist, sind die Löhne der Raffineriearbeiter gesunken. Bei diesen Zuständen kann man es begreiflich finden, daß die Arbeiter mit den Verhältnissen nicht zufrieden sind und von Zeit zu Zeit die Arbeit liegen lassen.

Eine von der Organisation eingereichte Forderung um 3 Pf. Lohnerhöhung pro Stunde wurde rundweg abgelehnt. Der Verbandsleitung wurde geschrieben: „Mit dritten Personen verhandeln wir über Lohnfragen nicht." Der Kommission der Arbeiter sagte man: „Der Betrieb kann eine derartige Belastung nicht vertragen, auch würde die Konkurrenzfähigkeit dadurch in Frage gestellt." Zum Schluß wurde die Kommission über die Zwecklosigkeit des Verbandes und die Verpulverung der Arbeitergroschen „belehrt" und daran die Hoffnung geknüpft, daß jetzt endlich „Ruhe und Frieden" in den Betrieb einkehren möge. Ruhe und Frieden kann aber nur einziehen, wenn die Forderungen der Arbeiter erfüllt werden. Wenn auch vorläufig von einer weiteren Verfolgung der Lohnforderung Abstand genommen wird, so ist, und das dürfte der Direktion bekannt sein, aufgeschoben noch lange nicht aufgehoben. Um die Arbeiter über ihre traurigen Verhältnisse hinwegzutäuschen, wird aus der Rumpelkammer des Reichsverbandes der „Arbeiter-Freund" an die Arbeiter verteilt. Jedoch nur an die Arbeiter, von denen man annimmt, daß sie die Kost verdauen können. Daß in diesem Blatte die freien Gewerkschaften heruntergerissen und die christlichen über den Klee gelobt werden, nehmen wir nicht krumm. Wenn aber gesagt wird: „Dem Arbeiter werden durch die Gewerkschaft nur die Gelder aus der Tasche gelockt", dann können wir nachweisen, daß andre Leute dieses viel besser und gründlicher besorgen.

Trotz der niedrigen Löhne steht das Strafwesen in Blüte. Strafen von 50 Pf., ja 1 Mk. sind keine Seltenheit. Aber auch die Behandlung läßt zu wünschen übrig. Sind doch Ausdrücke, wie fauler Hund usw. an der Tagesordnung. Am besten scheint der Aufseher Freese das Schimpfwörterlexikon studiert zu haben. Die Arbeiter haben eine derartige Behandlung satt und werden bei gegebener Gelegenheit Abrechnung halten. Durch das Vorgehen der Direktion sind auch dem letzten der Arbeiter, die immer glaubten, daß die Direktion arbeiterfreundlich sei, ganz gründlich die Augen geöffnet. Möge man das Gelöbnis der letzten Betriebsversammlung, mehr für den Ausbau der Organisation zu tun als bisher, Rechnung tragen, dann werden wir auch unsre berechtigten Forderungen mit Nachdruck vertreten können.

* **Unternehmerrespekt vor dem Arbeiterschutz.**

In den Berliner Asbestwerken zu Reinickendorf, wo bei neunstündiger Arbeitszeit eine dreiviertelstündige Mittagspause galt, war zu Pfingsten 1911 viel zu tun. Es sollte eine Stunde länger gearbeitet werden, also zehn Stunden, ohne daß den Arbeiterinnen eine längere, als die übliche dreiviertelstündige Mittagspause gewährt wurde. Das geschah denn auch. Am selben Tage nahm ein Gewerberat eine Revision der Fabrik vor, um festzustellen, ob Schutzvorrichtungen vorhanden seien. Der Betriebsleiter Schatakowsky sprach bei der Gelegenheit mit dem Gewerbeinspektor über die Längerarbeit und fragte, ob eine Stunde länger gearbeitet werden dürfe. — Der Gewerberat verwies ihn auf den Weg eines schriftlichen Antrags. Darauf fragte Sch., wieviel es denn kosten könne, wenn man es ohne Genehmigung täte, worauf er die Antwort erhielt, die Richter verhängten gewöhnlich 20 Mk. Geldstrafe. Nun sagte Sch.: „Na, dann kostet es ja keine Welt."

Der Betriebsleiter Schatakowsky und der Fabrikbesitzer Reinhold wurden später wegen Uebertretung des § 137 der Gewerbeordnung vom Landgericht zu je 100 Mk. verurteilt, weil trotz der Längerbeschäftigung (zehn Stunden) nur eine dreiviertelstündige Mittagspause gewährt worden sei und nicht eine solche von einer Stunde, wie es erforderlich gewesen wäre. Begründend wurde u. a. ausgeführt: Daß der Betriebsleiter Sch. die Absicht gehabt habe, die Schutzvorschrift zu übertreten, stehe zweifellos fest. Aber auch der Fabrikbesitzer Reinhold sei strafrechtlich verantwortlich, und zwar gemäß § 151 der Gewerbeordnung. Reinhold sei dabeigewesen, als der Betriebsleiter die Unterhaltung mit dem Gewerberat hatte. Aus dem Verhalten des Leiters habe er entnehmen müssen, daß er den Arbeiterinnen trotz der auf zehn Stunden verlängerten Arbeitszeit keine längere Mittagspause gewähren würde. In Betracht komme, daß Schatakowsky eine große Nichtachtung dem Beamten und den sozialpolitischen Bestimmungen gegenüber zum Ausdruck gebracht habe, und daß der Betriebsinhaber Reinhold dies [illegible] habe hingehen lassen. Wenn die Herren nicht „nur" die [illegible] so rücksichtslos mißachtet, sondern etwa eine Schachtel Streichhölzer gestohlen oder einen Arbeitswilligen schief angesehen hätten, wären sie natürlich ins Gefängnis gewandert.

Streiks und Lohnbewegungen.

— **Streiks und Differenzen** bestehen in **Badenhausen-Katzenstein** (Gipsfabrik), **Bremen, Bützow i. M.** (Papierfabrik), **Celle** (Farbenfabriken), **Dresden, Görlitz** (Waggonfabrik), **Hamburg, Hannover, Köslin-Schlawe** (Schneidemühlen), **Mannheim-Friedrichsfeld, Schweinfurt, Sommerfeld** (N.-L.) (Ziegeleien), **Strelitz i. M., Stuttgart-Vaihingen** (Schamottefabrik), **Wunsiedel, Zeitz** (Düngerfabrik).

Zuzug nach den angeführten Orten ist streng fernzuhalten.

— **Friedrichsfeld.** Der Lohnkampf in den hiesigen Steinzeugwerken scheint in ein ernstes Stadium einzutreten. Wie uns von zuverlässiger Seite mitgeteilt wurde, war bei dem Vorsitzenden des Verbandes Südwestdeutscher Industrieller, Herrn Direktor Hoffmann, der Plan gereift, den Betrieb auf die Dauer von 3 Monaten zu schließen. Mit diesem Vorhaben sollen sich auch einige Aufsichtsratsmitglieder befreundet haben, während andre an dem Unternehmen interessierte Personen jedenfalls keine Schmälerung ihrer Profitrate erleiden wollen, so daß vorläufig dieser Gedanke aufgegeben wurde. Sollte das Bemühen der Arbeiter, die Differenzen auf einem friedlichen Wege zu beheben, fruchtlos bleiben, so setzt sich die Direktion der Gefahr aus, daß mit Ausbruch des Kampfes eine größere Anzahl von geschulten Arbeitern abreist, was um so leichter zu bewerkstelligen ist, weil in den Konkurrenzbetrieben Arbeitskräfte sehr begehrt sind und sich auch schon jetzt eine Anzahl von Arbeitern zur Abreise bereit erklärt hat. Nun behauptet die Direktion nach wie vor, daß der im Jahre 1906 getätigte Tarifvertrag noch zu Recht besteht; ob diese Auffassung auch von dem Rechtsbeistand der Firma, Herrn Aufsichtsrat Dr. J. Rosenfeld, geteilt wird, möchten wir stark bezweifeln. Könnte die Direktion durch einen Unparteiischen den schlüssigen Beweis dafür erbringen, so glauben wir, daß dann ohne weiteres die Arbeiter von ihren Forderungen Abstand nehmen würden; denn gerade bei den tariflichen Abmachungen haben die Arbeiter zu jeder Zeit den Beweis erbracht, daß sie sich an die vertraglichen Bestimmungen halten, was aber bei den Unternehmern nicht immer der Fall ist. Die Nichtanerkennung der Arbeiterorganisationen durch den Herrn Direktor Hoffmann nimmt sich, wenn man berücksichtigt, daß der Herr Direktor Vorsitzender des Verbandes Südwestdeutscher Industrieller ist, mehr denn eigenartig aus. Der Deutschen Steinzeugwarenfabrik werden zahlreiche Aufträge durch die Gemeinden überwiesen. Da in den meisten Gemeindeverwaltungen Vertreter der Arbeiterschaft sitzen, dürfte es sich für die Firma empfehlen, den Bogen nicht zu straff zu spannen. In einer am 20. Mai stattgefundenen überfüllten Fabrikversammlung hat die Arbeiterschaft die von der Firma gemachten Zugeständnisse einstimmig abgelehnt. Es bleibt nun abzuwarten, welche Stellungnahme die Firma zu dem Beschluß der Arbeiterschaft einnimmt. In einem weiteren Artikel werden wir auf die gestellten Forderungen, auf die derzeitigen Löhne und auf die Rentabilität des Betriebes näher eingehen. Zuzug von Töpfern, Handwerkern und Hilfsarbeitern ist streng fernzuhalten.

— **Kolberg.** In den hiesigen Ziegeleien reichten die Arbeiter Lohnforderungen durch den Verband ein. Der Verband der vereinigten Ziegeleibesitzer lehnte es jedoch ab, mit dem Vertreter unsres Verbandes zu verhandeln, und erklärte, jeder Ziegeleibesitzer wolle mit seinen Arbeitern selbst reden. Die Unternehmer versuchten dann, mit den Arbeitern selbst zu verhandeln; die Kollegen lehnten dies Anerbieten jedoch rundweg ab. Daraufhin forderten die vereinigten Ziegeleibesitzer den Vertreter des Verbandes zu einer gemeinsamen Verhandlung auf. Nach mehrmaligen Verhandlungen wurde eine Einigung erzielt. Wir erzielten die zehnstündige Arbeitszeit, der Stundenlohn wurde auf drei Ziegeleien von 30 auf 35 Pf. erhöht. Auf sechs Ziegeleien stieg der Lohn von 30 auf 33 Pf. und auf zwei Ziegeleien von 28 auf 33 Pf. Insgesamt beträgt die Zulage pro Woche 562 Mk. In Akkord wurden durchweg 5 Prozent bewilligt. Für Abträger wurden 5 Pf. Zulage pro Tausend bewilligt. Wir hatten Abschluß eines Tarifvertrags auf drei Jahre gefordert; die Unternehmer lehnten es ab, auf drei Jahre Tarife abzuschließen, und wir hatten schließlich keinen Grund, uns für diese Forderung ganz besonders einzusetzen, zumal eine Anzahl Kollegen, die auf den Ziegeleien arbeiten, erst bei der Lohnbewegung für die Organisation gewonnen wurden, also in der Organisation erst noch gefestigt werden müssen. Hoffentlich vergessen diese Kollegen nicht, sich öfter die Frage vorzulegen, ob sie die Zugeständnisse auch erreicht hätten, wenn sie nicht Mitglied des Verbandes gewesen wären.

Auf dem Kalkwerk Bartin, das dem Herrn Rothe (Kolberg) gehört, reichten wir gleichfalls Lohnforderungen ein. In einer Verhandlung mit dem Vertreter des Verbandes wurde die Erhöhung des Stundenlohnes von 30 auf 32 Pf. und für Ueberstunden 5 Pf. Aufschlag sowie die Verkürzung der Arbeitszeit auf 10 Stunden pro Tag zugestanden. Einige andre Kleinigkeiten sollten im Laufe der Woche geregelt werden. Später ließ Herr Rothe jedoch die Arbeiter einzeln zu sich kommen und versprach ihnen, anstatt 32 Pf. 35 Pf. Stundenlohn zu zahlen und für Akkord 50 Pf. extra mehr, aber sie müssen aus dem Verband austreten. Die Arbeiter freuten sich über ihren guten Arbeitgeber, 15 von 19 Mitgliedern kehrten dem Verbande den Rücken. Die restlichen vier wurden sofort ohne gesetzliche Kündigung entlassen. Die Arbeiter werden es sehr bald wieder, wie früher, ehe die Organisation festen Fuß gefaßt hatte, am eignen Leibe verspüren, wenn sie statt 32 Pf., wie vor zwei Jahren 22 Pf. Stundenlohn bekommen. Sie werden eben durch Schaden klug werden müssen.

— **Offenbach.** In der Zementplattenfabrik von Lehr (Mülheim a. M.) wurde von der Organisationsleitung ein Lohntarif eingereicht. Die Firma lehnte jede Verhandlung ab. An die Arbeiter wurde das Ansinnen gestellt, aus der Organisation auszutreten. Trotzdem die Arbeiter zum größten Teil Ausländer waren, wurde das Verlangen einmütig zurückgewiesen. Daraufhin wurde die Kommission entlassen. Alle Arbeiter traten in den Ausstand. Nach drei Tagen konnte die Firma verhandeln, und die Arbeiter haben einen schönen Erfolg erzielt. An diesem Kampfe waren zum großen Teil tschechische Arbeiter beteiligt, die sich nicht einschüchtern ließen und tapfer zur Sache gehalten haben.

— **Schönebeck.** Auch in diesem Jahre gelang es einem Teil unsrer Kollegen, in den ersten fünf Monaten, die man wohl mit Recht als die „Monate der Lohnbewegungen" bezeichnen kann, in einer Anzahl von Betrieben Verbesserungen zu erzielen, die zum Teil direkt, zum Teil indirekt auf die Initiative des Verbandes zurückzuführen sind.

Bei der Firma Redlich & Frank, Futterfabrik, herrschten in der Mühle Zustände, die dringend der Abänderung bedurften. Verdienten doch die Kollegen im Akkord oft nur 1,50 Mk. pro Tag. Da nun die ganzen Arbeiter in einen Akkord zusammen verrechnen, mußten die übrigen Arbeiter die Kollegen in der Mühle mit durchschleppen. In einer Betriebsversammlung am Ende vorigen Jahres wurden die Zustände besprochen und der Organisation anheimgegeben, in nächster Zeit wieder eine Versammlung abzuhalten, in welcher die Forderungen formuliert werden sollen. Gewünscht wurde in der Mühle Lohn, und zwar 35 Pf. pro Stunde. Die Firma wartete die Initiative der Organisation nicht erst ab, sondern bewilligte den Mühlenarbeitern den gewünschten Stundenlohn von 35 Pf. Da nun dieser Lohn auch in Zukunft zum Akkord der andern Arbeiter gerechnet wird, so stehen sich sämtliche Arbeiter, zirka 11 an der Zahl, um rund 1,80 Mk. pro Woche besser als früher.

Die Kollegen der Firma Knopf & Friesecke, Lackfabrik, beauftragten die Organisationsleitung, Forderungen bei der Betriebsleitung einzureichen. Die Firma lehnte es zwar ab, mit der Organisation zu verhandeln, bewilligte aber den Kollegen eine Zulage von 1 Mk. pro Woche. In Frage kommen hier 7 Kollegen.

Die Kollegen der Firma A. & W. Allendorf, Sprengstoffabrik, Abteilung „Trie" und „Alldorfitt" reichten gleichfalls Forderungen um Erhöhung der Löhne bei der Betriebsleitung ein. Da gerade in diesem Betriebe besonders ungesunde Arbeitsverhältnisse herrschen, hatte man auf ein Entgegenkommen der Firma gerechnet. Diese bewilligte jedoch nur für zirka 6 Kollegen eine Zulage von 2 Pf. pro Stunde, bei den übrigen hält sie einen Stundenlohn von 35 und 39½ Pf. für diese ungesunde Arbeit für ausreichend. Ferner wurde für alle über drei Jahre im Betriebe beschäftigten Arbeiter ein Sommerurlaub von drei bis fünf Tagen bewilligt, womit die Firma selbst zugibt, daß hier besonders ungesunde Arbeitsverhältnisse vorliegen. Die Arbeiter dieser Firma dürften aber aus dieser Bewegung den Schluß gezogen haben, daß man sich auch auf das „Wohlwollen" eines Herrn Allendorf nicht verlassen kann, sondern selbst Hand ans Werk legen muß, um bessere Zustände zu schaffen.

Der Betriebsleitung der hiesigen Gummiwerke wurden gleichfalls Forderungen unterbreitet auf Erhöhung des Stundenlohnes. Erreicht wurde hier für zirka 16 Kollegen eine Zulage von 1 bis 2 Pfennig pro Stunde. Die Firma erklärte, weitere Zugeständnisse nicht machen zu können, da der Betrieb erst neu sei und sich noch nicht rentiere. Wir sind der Meinung, daß die Firma auch den andern Arbeitern hätte sehr gut eine Zulage gewähren können.

Bei der Firma Julius Mann, Holzhandlung, Hobelei und Dampfsägewerk, bestand früher ein Tarifvertrag, der bei seinem letzten Ablauftermin nicht erneuert worden war. Es wurden der Firma daher in diesem Frühjahr erneut Vorschläge zwecks Abschluß eines Vertrages unterbreitet. Anfänglich schien es, als ob die Firma überhaupt keine Zugeständnisse machen wollte. Durch längere Verhandlungen wurde dann jedoch eine sofortige Zulage von 3 Pfennig und im nächsten Frühjahr wieder 1 Pfennig pro Stunde erzielt, so daß der Stundenlohn jetzt 36 und nächstes Frühjahr 37 Pfennig beträgt. Ferner wurde eine Anzahl Akkordpositionen um 7 bis 13 Prozent erhöht und dann ein Vertrag bis März 1915 abgeschlossen. Bei Akkordarbeiten wird der Stundenlohn garantiert.

Die Kollegen der Ziegelei Schulze-Plötzki hatten seit langem den Wunsch, ihren Stundenlohn zu erhöhen; jedoch war der Unternehmer hierzu nicht zu bewegen. Als die Kollegen dieses Frühjahr erneut mit ihrem Wunsch kamen, versuchte es der Unternehmer mit Fremden, mußte aber bald die Erfahrung machen, daß er sich hierbei nicht besser, sondern schlechter stand. Er bewilligte den Kollegen dann schließlich eine Zulage von 4 Pf. pro Stunde, so daß der Stundenlohn jetzt 38 Pf. beträgt. Auch die Akkordarbeiter erhielten eine entsprechende Zulage.

Kollegen! Wir sind weit davon entfernt, das Erreichte als dasjenige zu bezeichnen, was hätte erreicht werden müssen. Es bestehen in Schönebeck noch Löhne, die dringend der Aufbesserung bedürfen. Dies ist aber nur zu erreichen, wenn die Kollegen selbst mehr Interesse für ihre eigene Sache zeigen. Das Erreichte soll uns daher ein Ansporn sein, auch den letzten Mann im Gebiet unsrer Zahlstelle dem Verbande zuzuführen, um so die Organisation zu dem auszubauen, was sie sein soll, für den Arbeiter ein Schutz und dem Unternehmer ein Trutz.

Gegnerische Gewerkschaften.

Der Bericht des Ausschusses der christlichen Gewerkschaften

für das Jahr 1911 bietet wenig Bemerkenswertes. Nicht das ist interessant, was wir im Bericht zu lesen bekommen, sondern das, was in ihm verschwiegen wird. Alle die Angriffe, die die christlichen Gewerkschaften von katholisch-kirchlicher Seite aus im Berichtsjahr erfahren haben und die ihren Bestand gefährden, werden übergangen, als ob sie nie dagewesen seien und heute nicht existierten. Der Herr Generalsekretär Stegerwald, der der Verfasser des Berichts ist, hat sogar vergessen, einen Kommentar zu seinem Brief an Bachem zu schreiben. Das kann man ihm nachfühlen. Und doch hätte der Mann alle Ursache, einmal Klarheit für die Oeffentlichkeit, mehr noch für die christliche Arbeiterschaft zu schaffen, wie man in katholisch-kirchlichen Kreisen zu den christlichen Gewerkschaften steht, wie weit die Gefahr gereift ist, die christlichen Organisationsgebilde in ein Fahrwasser zu treiben, wo ihnen Taktik und Prinzipien autoritativ und endgültig eben von den kirchlichen Instanzen aufgezwungen werden. Oder wollen die christlichen Heerführer heute noch der Welt weismachen, daß die christlichen Gewerkschaften sich ganz und gar noch im alten Geleise bewegten, ihre bisherigen Bahnen von Nichtarbeiterseite nicht durchkreuzt worden sind? Das zu beweisen, dürfte dem „schlauen Opportunisten" in Köln nicht gelingen und darum schweigt er sich klüglich in dieser Frage aus. Aber Stillschweigen ist auch eine Antwort.

Wie es den christlichen Gewerkschaften an den Kragen gehen soll, beweist schon das Schicksal des christlichen Textilarbeiterverbandes in Holland. Die „Petrusblätter" vom 19. April wissen zu melden:

„Der interkonfessionelle christliche Textilarbeiterverband „Unitas", der in einzelnen Bezirken Hollands nach dem Vorbild der christlichen Gewerkschaften Deutschlands gegründet worden war, ist durch eine bischöfliche Verordnung den Katholiken verboten worden. In den Kirchen derjenigen Orte, die eine solche Gewerkschaft besitzen, wurde am letzten Sonntag eine Bekanntmachung verlesen, die das Lesen des Vereinsorgans und die Mitgliedschaft den Katholiken untersagt."

Die „Unitas" ist hin! Die christlichen Gewerkschaften Deutschlands haben ihrer Auflösung bis jetzt nur noch aus dem Wege gehen können, indem sie krampfhaft ihre Existenz damit zu beweisen suchen, daß sie eine notwendige Organisation im Kampfe gegen die Sozialdemokratie sind, und daß sie sich kirchlich-autoritativen Befehlen unterwerfen wollen. Vor allen Dingen, daß sie katholische Grundsätze nicht anzuwenden gedenken. Nur bitte, nicht aufhören! Wir sind zu allem bereit, nur laßt uns leben! Kein Wunder, wenn der Bericht Stegerwalds aus opportunistischen Gründen diesen wichtigen Abschnitt in der Geschichte der christlichen Gewerkschaften übergeht, dafür aber um so mehr die Rolle hervorhebt, die die christlichen Gewerkschaften im Kampfe gegen die Sozialdemokratie auch im vergangenen Jahre gespielt haben wollen. Mit welchem Erfolge, zeigt das Anschwellen der sozialdemokratischen Stimmen bei der letzten Reichstagswahl und der mächtige Aufschwung der freien Gewerkschaften. Diese Tatsachen entheben uns, dem Phrasenschwall Stegerwalds in seinem Bericht, die Sozialdemokratie betreffend, näher zu folgen. Es mag sein, daß die christlichen Gewerkschaften hier und dort von gewissem Einfluß gewesen sind, sie haben nämlich manche Besserung der wirtschaftlich-politischen Lage der Arbeiter aufgehalten, selbst aber Ersprießliches für die Arbeiterklasse nicht erreicht.

Was die christlichen Gewerkschaften schließlich materiell für die Arbeiter erreicht haben, nach Angabe der Centralvorstände, ist so dürftig, daß Stegerwald nicht ein Wort der Hervorhebung hierfür findet. Auch das kennzeichnet seinen Bericht.

Während noch im vergangenen Jahre im Bericht ein Mitgliederzuwachs hervorgehoben wurde, läßt man hierüber heuer nichts merken, wenigstens nicht im Bericht Stegerwalds. Nur in einzelnen christlichen Sekretariatsberichten wird über den Stand der christlichen Gewerkschaften berichtet. So heißt es in Norddeutschland rund 1000, in Bayern rund 3000, in Württemberg rund 1600 und in Baden rund 1000 Mitglieder angenommen haben. Wenn man in den andern Bezirken nicht besseres Ergebnis aufzuweisen hat, steht es mit der Entwicklung der christlichen Gewerkschaften schlimm.

Mit der „Verbreitung des christlichen Gedankens" ist es dann auch im vergangenen Jahre nicht weit hergewesen, doch was die christlichen Gewerkschaften im vergangenen Jahre gewonnen haben, wird ihnen infolge ihrer verräterischen Tatik bei den großen Bewegungen der Arbeiter in diesem Jahre wieder verloren gegangen sein. Im Saarrevier sind allein mehr Mitglieder vom Gewerkverein christlicher Bergarbeiter abgesprungen als die vorgenannten Zahlen zusammengenommen. Ebenso sind im Süden und Westen Deutschlands, auch bei den übrigen christlichen Gewerkschaften, massenhaft Austritte erfolgt. Man kann also verstehen, daß der Berichterstatter Worte der Begeisterung nicht finden kann und daß er sich in der Hauptsache abquält, zu zeigen, daß man die christlichen Gewerkschaften lieber lassen soll als Helfer im Kampfe gegen die proletarische Arbeiterbewegung.

Gewerkschaftliche Rundschau.

k. **Der fünfte Verbandstag des Zentralverbandes der Steinarbeiter** tagte vom 13. bis 18. Mai in München. Der Verband konnte über eine erfreuliche Geschäftsperiode berichten. Die Mitgliederzahl stieg in dieser (1910/11) um 573 Prozent, von 17 065 auf 26 871. In Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen waren die Berichtsjahre reich. Insgesamt fanden 212 Bewegungen statt, die sich auf 354 Orte mit 1132 Betrieben und 21 805 Beschäftigten erstreckten. Durch diese Bewegungen wurden erreicht: für 3705 Kollegen eine Arbeitszeitverkürzung um 5174 Stunden und eine Lohnerhöhung um 18 769 Mk. für 9612 Kollegen pro Woche. Abgewehrt wurde eine Verlängerung der Arbeitszeit um 426 Stunden für 58 Kollegen und eine Lohnkürzung um 544 Mk. für 170 Kollegen wöchentlich. Die Gesamtausgaben für diese Bewegungen betrugen 1910 186 356 Mk. und 1911 148 408 Mk. Die Zahl der vom Verband abgeschlossenen Tarifverträge vermehrt sich von Jahr zu Jahr. Am 1. Januar 1907 hatte der Verband 109 Tarife abgeschlossen, am 1. Januar 1910 waren es bereits 163 und am Ende der Geschäftsperiode 208. Zirka 55 Prozent der Verbandsmitglieder arbeiten zu tariflich geregelten Lohn- und Arbeitsbedingungen. Die Tarife erstrecken sich auf alle Arbeiter in der Steinindustrie: Steinmetzen, Schleifer, Brecher, Schmiede, Hilfsarbeiter, während noch vor nicht allzulanger Zeit fast nur Sandsteinmetzen solche Vereinbarungen aufzuweisen hatten. — Die Finanzen des Verbandes haben sich entsprechend der Mitgliederzunahme günstig entwickelt. Die Einnahme der Hauptkasse stieg im Jahre 1910 auf 408 029 Mk. gegen 353 145 Mk. im Vorjahre. Im Jahre 1911 betrug die Einnahme 502 980 Mk.; gegenüber 1909 ist dies eine Steigerung von 42,23 Prozent. Das erfreulichste ist, daß die Mehreinnahme fast ausschließlich auf die Mitgliedsbeiträge entfällt. Diese ergaben 1910 ein Mehr von 53 978 Mk., 1911 ein solches von 91 686 Mark. Gegenüber der gesteigerten Einnahme ist die Gesamtausgabe der letzten drei Jahre fast gleich geblieben. 1909 wurden ausgegeben 375 446 Mark, 1910 378 238 Mk. und 1911 374 960 Mk. Infolgedessen erhöhte sich auch der Kassenbestand von 431 266 Mk. im Jahre 1909 auf 589 077 Mark im Jahre 1911. Durch Unterstützungen der verschiedenen Arten flossen an die Mitglieder direkt wieder zurück: im Jahre 1910 270 356 Mark und 1911 262 933 Mk. Also ein ganz hoher Prozentsatz der Gesamtausgaben.

An den Geschäftsbericht des Vorstandes schloß sich eine sehr ausgedehnte Debatte, in der die Haltung des Vorstandes bei einzelnen Lohnbewegungen zum Teil scharfe Kritik erfuhr. Dabei wurde auch die event. Verschmelzung mit dem Bauarbeiterverband erörtert. Die städtischen Delegierten sprachen meist für, die ländlichen Delegierten meist gegen die Verschmelzung. Der Vorstand ist ebenfalls gegen eine Verschmelzung, da die Notwendigkeit hierfür nicht vorliege. Die Verschmelzungsanträge wurden dem Vorstande überwiesen. — Zustimmung fand die vom Vorstande vorgeschlagene Einsetzung eines Beirates. Die Gauleiter haben in diesem nur beratende Stimme. Angenommen wurde auch ein Antrag, nach dem die Generalversammlung bis zur nächsten als gewählt gilt, um bei außerordentlichen Anlässen die Zeit nicht mit Neuwahlen zu vertrödeln.

Den Höhepunkt der Beratungen bildete ein ganz vorzügliches Referat des Redakteurs Staudinger-Leipzig über das Tarifwesen. In einer Resolution, die einmütige Zustimmung fand, stellte er die beim Abschluß von Tarifen zu erstrebenden Forderungen auf. Er verlangt ferner, daß bei allen Tarifabschlüssen Schiedsgerichtsinstanzen vorgesehen sind:

a) für jeden Ort eine Schlichtungskommission, bestehend aus einem Arbeiter und einem Arbeitgeber;

b) für jeden Tarifbezirk ein Schiedsgericht, dem nach Möglichkeit ein unparteiischer Vorsitzender, welcher Unternehmerkreisen nicht angehört, vorstehen soll.

c) Um gegen das Urteil der Bezirksschiedsgerichte Berufung einlegen zu können, werden für die wichtigsten Gruppen in der Steinindustrie zentrale Schiedsgerichte angestrebt. Damit soll insbesondere bezweckt werden, daß eine einheitliche Auslegung der Tarife selbst immer mehr zur Geltung kommt, daß des ferneren die Urteile der Instanz unter b, welche event. nicht respektiert werden, mehr zur Anerkennung kommen.

Bei der Statutenberatung wurden wesentliche Aenderungen des bisherigen Statuts nicht beschlossen. Sämtliche Anträge auf Erhöhung der Streik- und Krankenunterstützung wurden abgelehnt. Die Einführung der Erwerbslosenunterstützung wurde mit 49 gegen 20 Stimmen abgelehnt. Der Vorstand bekam aber den Auftrag, dem nächsten Verbandstag eine Vorlage für die Einführung der Erwerbslosenunterstützung zu machen. — Bei Beratung des Punktes Agitation wurde die Anstellung eines Gauleiters für Schlesien beschlossen. Die Gehälter der Angestellten erfuhren eine Neuregelung. Abgelehnt wurde ein Antrag Hamburg, den Verbandsvorstand durch Urabstimmung zu wählen. Die bisherigen Verbandsfunktionäre wurden wiedergewählt und ferner beschlossen, zwei weitere Sekretäre anzustellen.

Rundschau.

Die Firma Stukenbrok in Einbeck und das Koalitionsrecht der Arbeiter.

Die Firma August Stukenbrok, Fahrradwerke in Einbeck, Marke „Deutschland"-Fahrräder hat, als der Deutsche Transportarbeiter-Verband im Auftrage von Arbeitern eine Lohnforderung einreichte, zunächst jede Verhandlung mit der Organisation abgelehnt. Nicht genug hiermit, hat sie dann weiter die Arbeiter ins Kontor gerufen und von jedem einzelnen verlangt, aus der Organisation auszutreten oder den Betrieb zu verlassen. Weiter erklärte der Geschäftsführer Richter im Auftrage des Herrn Stukenbrok:

„Die Arbeiter und die Organisation können machen, was sie wollen, wir sind gerüstet, wir wollen den Kampf. Wir sind noch Herr im Hause und wollen uns das auch nicht nehmen lassen."

Damit ist d organisierten Arbeiterschaft der Kampf aufgezwungen. Die Firma hat aber auch bereits vorher in drei Fällen die Leiter der Organisation gemaßregelt. Eine öffentliche Gewerkschafts-Versammlung beschäftigte sich mit der Angelegenheit und hat einstimmig beschlossen, über die Firma August Stukenbrok, Fahrradwerke in Einbeck, Marke „Deutschland"-Fahrräder, den Boykott zu verhängen. Wir weisen noch darauf hin, daß die Firma außerdem noch an den „Lyra"-Fahrradwerken in Prenzlau beteiligt ist und die Fahrradwerke Hans Hartmann, A.-G., in Eisenach, Marke „Superior", erworben hat.

Scharfmacher-Tollheit.

In der Hauptversammlung der Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände hat der Generalsekretär Dr. Tille einen Vortrag gehalten, den er unter dem Titel „Die Straffreiheit der Vereinigung zur Wirtschaftsstörung und Vorteilserpressung" in der „Südwestdeutschen Wirtschaftszeitung" veröffentlicht hat. Aus diesen Ausführungen des Herrn Dr. Tille verdienen, wie die „Deutsche Industrie-Korrespondenz" schreibt, der weiteren Oeffentlichkeit einige Sätze bekanntgemacht zu werden.

„Nach Dr. Tille ist die sogenannte Koalitionsfreiheit, die Freiheit sich zusammenzuschließen, um von seiten der gewerblichen Lohnarbeiter „Erpressungen gegen den Unternehmer auszuüben", nur eine Ausnahmebestimmung von dem allgemeinen Erpressungsparagraphen des Strafgesetzbuches, der sonst für das ganze Volk gilt.

In bezug auf das Koalitionsrecht spricht Dr. Tille an einer andern Stelle weiter von „dieser Form des Erwerbs, sich außerhalb des friedlichen Wirtschaftslebens und außerhalb der ehrlichen Berufstätigkeit durch Erpressung eine Veränderung seiner Einkommensverhältnisse zu verschaffen". Er nennt diese eine „Abnormität", eine „Absurdität" und eine „unmoralische Handlung". Es sei ein großer Fehler des deutschen Unternehmertums, daß es sich nicht dauernd auf der Anschauung gehalten habe, daß der Streik unter allen Umständen eine unsittliche Erscheinung und eine verwerfliche Form der Erpressung gewesen sei.

Aus diesem Grunde verwendet sich Dr. Tille auch für eine Umgestaltung der Satzungen der Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände. In diesen Satzungen ist heute noch die Rede von berechtigten und unberechtigten Streiks. Die Auffassung, daß es auch berechtigte Streiks gäbe, ist nach Dr. Tille im Ernst sittlich nicht haltbar. Wenn es einem Arbeiter oder, wie Herr Dr. Tille sagt, einem Entgeltarbeiter in einem Betriebe nicht gefalle, dann könne er doch, wenn er ein „vollsinniger Mensch" sei, dort kündigen und fortgehen. Wenn in einem Betriebe die Verhältnisse wirklich schlecht seien, dann würden doch nach und nach alle besseren Leute fortgehen, und der Unternehmer würde hierdurch von selbst gezwungen, in diesen Mißständen eine Aenderung eintreten zu lassen — wobei Herr Dr. Tille anscheinend sich dessen nicht bewußt ist, daß ein freiwilliger Fortgang aller besseren Leute einem Streik verzweifelt ähnlich sieht. Dr. Tille sagt dann weiter, weil der Lohnarbeiter durchschnittlich zu träge ist, „weil er oft lediglich zu faul ist, etwas Derartiges wirtschaftlich zu unternehmen, und weil der Staat zu feige ist, ihm die Straffreiheit und Erpressung vorzuenthalten, deswegen tritt er heute unter solchen Umständen in den Streik ein. Dr. Tille faßt schließlich seine Auffassung dahin zusammen, daß eine Vereinigung, die absichtlich wirtschaftliche Störungen oder Klassenkämpfe veranstaltet, eine „Erpresserbande" darstelle und deshalb unter die strafgesetzlich unerlaubten Dinge falle."

So weit Herr Tille. Daß ein Mensch solche Ansichten haben und solche Vorschläge machen kann, ist schließlich noch erklärlich; es ist ja bekannt, daß gewisse Erkrankungen eigenartige Störungen des Denk- und Vorstellungsvermögens im Gefolge haben. Aber daß ein Mensch mit solchen Ansichten in den Unternehmerorganisationen eine Rolle spielen kann und im Kampfe gegen die aufstrebende Arbeiterschaft im Vortrupp steht, ist bedauerlich. Können die Unternehmer für ihr schweres Geld wirklich keine Handlanger mit andern geistigen Fähigkeiten bekommen?

Eingegangene Schriften.

„Natur", Zeitschrift der Deutschen Naturwissenschaftlichen Gesellschaft, e. V. (Geschäftsstelle Theod. Thomas Verlag, Leipzig, Königstr. 2) Jahrgang 1912, Heft 16. Preis vierteljährlich 1,50 Mk.

Im Verlag von J. H. W. Dietz Nachf. in Stuttgart ist soeben erschienen: **Die Arbeit der Muskeln.** Von Dr. A. Lipschütz. Mit Abbildungen.

Verbandsnachrichten.

Statistik. — Graue Karten.

Für Monat Mai sind die **grauen** Karten bis zum 4. Juni einzusenden. Dieser Termin muß eingehalten werden, weil das auf Grund der Karten festgestellte Gesamtresultat für das Reich zum 9. des betreffenden Monats bereits an das Statistische Amt abgehen muß.

Als Stichtag zur Feststellung der Arbeitslosen am Orte und auf der Reise gilt der 25. Mai.

Vom 21. Mai an gingen bei der Hauptkasse folgende Beträge ein:

Tangermünde 800,—. Aue i. E. 400,—. Lauenburg a. d. E. 300,—. Alfeld 150,—. Grünberg 58,—. Hochdorf 42,52. Mosbach i. B. 9,99. Bellheim 7,60. Tissen 49,11. Bünde 46,31. Torgau 1,—. Leipzig 1500,—. Stettin 1000,—. Markranstädt 1006,—. Striegau 600,—. Barmen 500,—. Schorndorf 400,—. Moschendorf 17,99. Bremen 11,—. Lägerdorf 1,96. Hettstedt 0,88. Elbingerode 9,30. Königswalde 220,—. Oldesloe 1,40. Sonneberg i. S.-M. 600,—. Köthen 300,—. Rinteln 55,21. M. 34,60. München 3500,—. Schwenningen 30,45. Ludwigshafen 2000,—. Stettin 1000,—. Pries 600,—. Riesa a. d. E. 500,—. Jena 500,—. Arnstadt 300,—. Strehla a. d. E. 300,—. Ohlau 150,—. Glogau 100,—. Bodenwerder 21,20.

Schluß: Dienstag, 28. Mai, mittags 12 Uhr.

Für die ausgesperrten Tabakarbeiter in Lippe und Westfalen gingen ein:

Eutin 0,30. Bochum 6,—. Kronach 2,10.

Fr. Bruns, Kassierer.

Die Abrechnung für das 1. Quartal 1912 haben eingesandt:

Rinteln, Neubeckum, Potsdam, Züllichau, Wurzbach.

Zustimmung zur Erhebung von Lokalbeiträgen

erhielten die Zahlstellen:

Glogau. 10 Pfg. pro Mitglied und Monat.

Oldesloe. 20 Pfg. pro männliches Mitglied und Monat, 10 Pfg. pro weibliches Mitglied und Monat.

Pasewalk. 5 Pfg. pro Mitglied und Woche.

Görlitz. 10 Pfg. pro männliches Mitglied und Woche, 5 Pfg. pro weibliches Mitglied und Woche.

Eingegangene Zahlstellen.

Angeschlossen an **Ludwigshafen** ist die Zahlstelle **Hochdorf.**
Eingegangen sind die Zahlstellen **Mosbach** und **Bellheim.**

Ausgeschlossen

wurden die Mitglieder der Zahlstellen:

Glogau. Karl Illmann, Buch-Nr. 444 269.

Osterode a. H. Wilhelm Volmer, Karten-Nr. 244 700; Albert Jänisch, Karten-Nr. 244 714.

Tilsit. Georg Kallweit, Buch-Nr. 379 122; Fritz Kuck, Karten-Nr. 253 144.

Chemnitz. Hermann Kirmüller, Buch-Nr. 376 769; Heinrich Kirchhof, Karten-Nr. 200 437.

Verlorene und für ungültig erklärte Bücher und Karten.

Buch-Nr.	Name des Mitgliedes	Geburtsdatum	Eintrittsdatum	Eingetreten in
361841	Georg Schaffhäuser	16. 12. 86	3. 5. 09	Hannover
424984	Johann Berndt	13. 12. 84	21. 3. 10	Berlin
Karten-Nr.				
201405	Johann Stöllen	4. 6. 83	1. 9. 11	Harburg
240015	Anna Mollner	6. 11. 93	5. 2. 12	Hamburg
240014	Marie Mollner	1. 7. 95	5. 2. 12	Hamburg
209822	Adolf Friedel	28. 5. 81	10. 3. 12	Mainz
228850	Julius Hoiden	30. 1. 91	30. 3. 12	Auerbach

Neue Adressen und Adressen-Aenderungen.

Gengenbach (Baden), Gau 11. J. G. Ruoff, Vorstadt Leutkirch 45.

Groß-Rhüden. Karl Fricke, Klein-Rhüden Nr. 134.

Kahl a. Main. Emil Stickler, Nr. 151.

Redenfelden. Joseph Leitner, Rosenheim, Aßinger Landstraße.

Nordhausen. Paul Schwarzkopf, Stolberger Str. 29, pt. l.

Schievelbein (Pommern), Gau 4. Ernst Prochnow, Karlstraße 10.

Witten. Karl Bodes, Breite Str. 80, 2. Etg.; Konrad Waldschmidt, Heven b. Witten, Hauptstr. 38.

Joseph Neumann aus Wien wird gebeten, seine Adresse an die Redaktion unsres Blattes oder an seinen Bruder Karl Neumann in Wien bekanntzugeben.

Verbandsmitglieder, die den Aufenthalt Joseph Neumanns kennen, werden ebenfalls gebeten, uns von seinem Aufenthalt zu verständigen.

Inserate.

Gummi-Arbeiter

für die Pneumatik-Reparatur-Werkstätte der **Apollo-Gummifabrik in Budapest, VI., Szt. László-Utcza 43.** werden angenommen. Ständige Arbeit. Wochenlohn vorerst 30 Kronen. Das Fahrgeld bezahlt die Fabrik bei Antritt der Stellung als Vorschuß, wird aber nach einem Jahre Arbeit dem Betreffenden gutgeschrieben. Gute Lebensverhältnisse. Die deutsche Sprache vollständig genügend. 11.—M

Beilage zum Proletarier

Nummer 22 — Hannover, 1. Juni 1912 — 21. Jahrgang

Chemische Industrie

Entbehrungslöhne in der chemischen Industrie.

II.

Die Meister der Plusmacherei der chemischen Industrie sind unzweifelhaft die Farbenfabriken, die auch im Jahre 1911 ihre Erträgnisse ganz erheblich steigern konnten, so daß ihre Geschäftsberichte größtenteils die Worte „befriedigendes Ergebnis" enthalten. Wir haben bereits im „Proletarier", Nr. 17, die Zahlen der Geschäftsergebnisse der größten Betriebe kurz besprochen. Eine eingehendere Schilderung des Geschäftsganges war damals nicht möglich, so daß wir heute noch einiges nachzutragen haben. Bekanntlich lassen die Farbwerksmagnaten die Oeffentlichkeit, ja selbst die Aktionäre sehr im unklaren über die Geheimnisse der Plusmacherei, sodaß einige Aktionäre einige neugierige Fragen in den Generalversammlungen nicht unterdrücken konnten.

Die Badische Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen bezeichnet das Geschäftsergebnis des Jahres 1911 als günstig, obwohl ein für die Gesellschaft wichtiger Abnehmerkreis, die Baumwollindustrie, infolge hoher Rohmaterialpreise noch unter dem Zeichen bedingter Produktionseinschränkung stand. Der scharfe Wettbewerb in der Industrie hat fortgedauert und angeblich weitere Preissenkungen einzelner Farbenfabrikate herbeigeführt. Die Geschäfte in den Vereinigten Staaten haben sich gut entwickelt, der lebhafte Verkehr mit China sei durch die politischen Unruhen etwas unterbunden worden. In Japan sei das Geschäft noch nicht befriedigend und in Rußland seien infolge der Mißernte Geschäft und Geldeingang schwieriger als sonst geworden. Der italienische Krieg hat auf den diesjährigen Abschluß kaum einen Einfluß ausgeübt. Die Zahl der Arbeiter und Aufseher stieg von 7621 auf 7743. An Löhnen wurden 1910 im ganzen 11,92 Millionen Mark, 1911 aber 12,36 Millionen Mark ausbezahlt. Der Bericht vermeidet allerdings eine Spezialisierung der Beträge, die auf Löhne und Gehälter entfallen, denn tatsächlich sind in dieser Summe die Gehälter der Beamten, von denen im Ludwigshafener Werk allein über 1100 beschäftigt sind, mit enthalten. Der erzielte Reingewinn, der inklusive Vortrag aus 1910 rund 14 Millionen Mark beträgt, geht demnach über die gezahlte Lohnsumme von 12,36 Millionen Mark, die sich auf annähernd 9000 Beschäftigte verteilt, erheblich hinaus, wovon 9 Millionen Mark einer Handvoll Aktionäre als 25prozentige Dividende zufließen. 1,5 Millionen Mark werden, nachdem seit längeren Jahren dies nicht der Fall war, zur Dotierung des Reservefonds verwandt, der nunmehr auf 22,53 Millionen Mark angewachsen ist. An Tantiemen kommen 1 678 000 Mk. zur Auszahlung. Jeder Aufsichtsrat erhält für seine „Mühe" für 1911 115 000 Mk. Die Abschreibungen erreichen die Höhe von 7 149 271 Mk.

Die Elberfelder Farbwerke haben gleich der B. A. S. F. „zufriedenstellende" Resultate erzielt. Die politischen Vorgänge beeinflußten die Entwicklung des Geschäfts in einigen Hauptabsatzgebieten. Die jetzige Damenkleidermode hat eine Einschränkung des Kleiderstoffbedarfs gebracht und beeinflußt infolgedessen auch den Absatz an Farbstoffen. Der Absatz an licht- und waschechten Farbstoffen nahm langsam zu. Das französische Geschäft litt unter der Marokkofrage, das englische Geschäft unter Streiks und Aussperrungen. Der Krieg Italiens mit der Türkei und die Baumwollkrise schädigten den Absatz an italienische Baumwollwebereien und -Druckereien. Die Versuche, künstlichen Kautschuk herzustellen, haben im Jahre 1911 einen weiteren Fortschritt gezeitigt, jedoch läßt sich noch nichts Bestimmtes darüber sagen, wann diese neuen Kunstprodukte auf den Markt gelangen, weil die Aufhebung der Liebesgaben von der Spirituszentrale voraussichtlich mit einer erheblichen Verteuerung des Spiritus, der zur Fabrikation notwendig ist, beantwortet werden wird. Unter solchen Umständen wird die Fabrikation von Kunstkautschuk ins Ausland verlegt werden müssen, da dort bedeutend niedrigere Spirituspreise als in Deutschland bestehen. Der Reingewinn inklusive Vortrag stieg von 13 605 619 Mk. auf 14 122 036 Mk. Zur Verteilung gelangen 9 Millionen Mark als 25prozentige Dividende. Vom verbleibenden Restbetrag fließen 3,5 Millionen Mark in die Reserven, 453 000 Mark werden für Tantiemen verwandt, 200 000 Mk. zur „Wohlfahrt" der Arbeiter und Beamten und 968 436 Mk. werden auf neue Rechnung vorgetragen.

In sämtlichen Fabrikanlagen des In- und Auslandes waren 7160 (im Vorjahre 6842) Arbeiter beschäftigt; die Zahl der Beamten stieg von 1885 auf 2020. Die Steigerung beträgt bei den Arbeitern 4,5 Prozent, bei den Beamten 7 Prozent. Insgesamt wurden an Löhnen für Arbeiter 8,56 Millionen Mark, an Gehältern für Beamte 4,36 Millionen Mark ausbezahlt. Der Jahresdurchschnittslohn des Beamten stieg demnach von 2168 Mark auf 2234 Mk. oder um 3 Prozent, der Jahresdurchschnittslohn des Arbeiters von 1215 Mk. auf 1222 Mark oder um nur 0,6 Prozent. Leider läßt sich aus dem Bericht nicht ersehen, wieviel Arbeitsstunden zur Erringung dieses Jahresdurchschnittslohnes notwendig waren. Der Reingewinn des Jahres 1911 überragt auch in diesem Betrieb die Summe der Löhne und Gehälter um 1,2 Millionen Mark.

Die zum Elberfeld-Ludwigshafener Anilinkonzern gehörige Aktiengesellschaft für Anilinfabrikation in Treptow berichtet für 1911 von einem „im ganzen befriedigenden" Ergebnis. Die abnorme Hitze des Sommers verteuerte den Kohlen- und Rohmaterialienbezug. Größeren Schaden erlitt der Export nach China durch die Revolution, während in den Vereinigten Staaten von Amerika die Wahlkampagne die Aufrechterhaltung des Geschäftsumfanges erschwert hat. Auch in Rußland haben sich die Geschäfte erheblich ungünstiger gestaltet. Die Gesellschaft erzielte für 1911 einen Reingewinn (inklusive Vortrag) von 4 066 073 Mk. gegen 3 574 642 Mk. im Jahre 1910. Die 20prozentige Dividende erfordert 2,8 Millionen Mark, die Tantiemen fielen von 146 047 auf 142 649 Mk. und 800 000 Mk. wurden dem Spezialreservefonds zugewiesen.

In der Generalversammlung hielt ein Aktionär eine Erhöhung der Dividende um 2 Prozent für notwendig. Die Verwaltung sollte die dem Spezialreservefonds überwiesenen 800 000 Mk. dafür verwenden. Es wurde ihm erklärt, daß die momentan unklare Situation Vorsicht erheische und übrigens hätten auch die andern Gesellschaften des Konzerns keine Erhöhung der Dividende eintreten lassen. Die Aussichten für das laufende Jahr sind günstig, das Ergebnis für 1912 hänge (nach dem Bericht) wesentlich mit von der Gestaltung der Spirituspreise ab. Der in Deutschland vorhandene Vorrat an Spiritus reiche nicht aus, so daß sich eine Einfuhr von Branntwein als notwendig erweisen wird.

Der Anilinkonzern hatte bekanntlich in Norwegen größere Anlagen zur Herstellung von Salpeter aus der Luft errichtet. Im abgelaufenen Jahre hat er seine Beteiligungen auf die Norsk Hydroelektrisk Kvaelstofaktieselskab in Kristiania übertragen. Die Gründe dafür sind in der Hauptsache folgende: „Es standen sich dort zwei Gruppen gegenüber, die jede ein eigenes Verfahren zu verwerten bestrebt war. Die französisch-norwegisch-schwedische Gruppe wollte das Verfahren Birkeland-Eyde und die deutsche Gruppe das Verfahren Schönherr von der Badischen Anilin- und Soda-Fabrik in Ludwigshafen durchführen. Die norwegische Regierung aber legte der deutschen Gruppe große Hindernisse in den Weg, indem sie die Naturalisierung ihrer schon lange dort ansässigen Beamten verweigerte, anderseits aber auf der Durchführung des Gesetzes bestand, wonach nur den in Norwegen naturalisierten Bewohnern ein Geschäftsbetrieb gestattet ist." Man kann es den Norwegern nicht verdenken, wenn sie Bedacht darauf nehmen, daß Ausländer die natürlichen Kraftquellen des Landes nicht ausbeuten können und die erzielten Ueberschüsse schließlich in die Taschen von Personen wandern, die sich um das Wohl und Wehe des norwegischen Volkes nie kümmern würden. Die Maßnahme hat zur Folge gehabt, daß die B. A. S. F. in Deutschland selbst durch Errichtung eines Riesenbetriebes die Gewinnung von Luftstickstoff resp. Salpeter betreiben wird.

Relativ den besten Ertrag haben die Höchster Farbwerke zu verzeichnen. Der Reingewinn stieg (inklusive Vortrag) von 14,2 auf 16,1 Millionen Mark, die Dividende von 9 720 000 Mk. oder 27 Prozent auf 10 800 000 Mk. oder 30 Prozent. Die Tantiemen sind hier ganz enorm hoch, sie stiegen von 2 201 296 Mark auf 2 569 016 Mk. 500 000 Mk. werden wieder als Extraabschreibung verwandt und 1,7 Millionen Mark für neue Rechnung vorgetragen. Der Geschäftsbericht teilt mit, daß durch intensive Bearbeitung neuer Absatzgebiete eine erhebliche Steigerung des Umsatzes erzielt wurde. Für den nicht unbeträchtlichen Rückgang des Exports nach China und Japan wurde durch neue Farbstoffe und pharmazeutische Präparate ein Ausgleich geschaffen. Das „Salvarsan" findet immer mehr Anwendung, und es sei zu erwarten, daß es durch Vereinfachung der Anwendungsmethode auch in den Händen weniger geübter Aerzte zu guten Resultaten führen wird. Ueber die Beteiligungen sagt der Bericht, daß Cassella in Fechenheim die gleichen Erträgnisse wie in früheren Jahren geliefert habe (also jedenfalls nicht unter 30 Prozent Dividende. D. V.), während Kalle in Biebrich 10 Prozent verteilte.

Die Arbeiterverhältnisse in den Fabriken bezeichnet der Bericht als befriedigend. Die Zahl der Chemiker der Firma stieg auf 301, die der Ingenieure und Techniker auf 74. In den Bureaus sind 611 Kaufleute beschäftigt. Die Zahl der Arbeiter beträgt 6610. Wieviel im ganzen an Lohn und Gehalt gezahlt wird, konnte nicht ermittelt werden. Fest steht, daß gerade in den Höchster Farbwerken die Löhne der Arbeiter hinter denen der andern Riesenbetriebe zurückstehen und weiterer Aufbesserung dringend bedürfen. Nach Angabe der Direktion soll der Durchschnittslohn 1250 Mk. betragen. Jedenfalls sind hier Beamte und Aufseher der Betriebe mit eingerechnet, denn der Anfangslohn ist 36 Pf., der Höchstlohn 48 Pf. pro Stunde. Letzterer wird erst nach 9 Jahren erreicht. In der Generalversammlung der Aktionäre wünschte ein Teilnehmer die Ausgabe von Gratisaktien, um das im hohen Kurse von 580 Prozent liegende Risiko zu erleichtern. Von der Verwaltung wurde dagegen geltend gemacht, daß eine solche Ausgabe nach deutschem Recht unmöglich sei. Es könnte nur die Ausgabe von Aktien zu einem niedrigen Kurs in Frage kommen; die Folge davon wäre jedoch zunächst nur ein weiteres Emporschnellen des Kurses. Der Kurs ist zurzeit auf 606 Prozent gestiegen. Wenn die Aktionäre das angebliche Risiko eines hohen Kurses nicht haben wollen, so können sie eine Steigerung am besten dadurch verhindern, daß sie den Reingewinn durch erhebliche Lohnerhöhungen der Arbeiter herabsetzen. Zu dem Gedanken werden sich diese Profitjäger aber am allerwenigsten aufschwingen können. Es ist geradezu ein Skandal, wenn Leute, die im eigenen Fett ersticken, die Höchster Farbwerksarbeiter, die zur Schaffung solcher Ueberschüsse notwendig sind, unter erbärmlichen Verhältnissen vegetieren lassen. Die Aussichten des laufenden Geschäftsjahres bezeichnet der Bericht als nicht ungünstig, da zu erwarten sei, daß die Baumwollindustrie nicht unter den Einflüssen der Mode zu leiden habe.

Nun zum Schluß noch einige Geschäftsergebnisse der kleineren Farbenfabriken. Die Gerb- und Farbstoffwerke Renner u. Ko. in Hamburg steigerten den Reingewinn auf das 7,5 Millionen Mark betragende Aktienkapital von 1 848 589 Mk. auf 2 050 585 Mk. und verteilen wieder 18 Prozent Dividende. — Die Bronzefarbenwerke vormals Karl Schlenk in Barnsdorf bei Nürnberg erzielten 367 198 Mk. Reingewinn, der eine Verteilung von 8 Prozent Dividende gestattet. — Die Vereinigten Schwarzfarben- und chemischen Werke in Niederwalluf erzielten 210 582 Mk. Reingewinn und 12,5 Prozent Dividende. — F. C. Hessel in Nerchau erzielte 129 889 Mk. Reingewinn und 7 Prozent Dividende, Müller u. Mann in Tempelhof bei Berlin 233 713 Mk. und 18 Prozent Dividende, während das Farbwerk vormals Leonhardt u. Ko. in Mülheim dividendenlos bleibt und den 32 209 Mk. betragenden Reingewinn zur Reserve stellt.

So war das Jahr 1911 für die Riesenbetriebe ein Jahr der Ernte wie nie zuvor und man sollte annehmen, daß der Lage der Arbeiterschaft in ausgiebigster Weise Rechnung getragen wurde. Das trifft nicht zu. Die Bestrebungen der Arbeiter nach Verbesserung der Lebenslage werden von den Leitungen der Riesenbetriebe und ihren Handlangern ungern gesehen, oft sogar gegen Gesetz und Recht brutal unterdrückt.

Typisch für derartige Maßnahmen ist, daß sich sogar ein Aufsichtsrat der B. A. S. F. für rigorosere Maßnahmen gegen ältere Arbeiter anläßlich einer Besichtigung des Betriebes aussprach. Er erklärte nämlich: es seien zuviel alte Leute beschäftigt, die den Betrieb verteuern. Nun werden in der B. A. S. F. nur Leute unter 35 Jahren eingestellt. Falls also alte Arbeiter vorhanden sind, so handelt es sich ausschließlich um Personen, die nach einer Reihe von Dienstjahren ihre besten Kräfte den Aktionären der B. A. S. F. geopfert haben und gewissermaßen ein Anrecht auf Weiterbeschäftigung im Betrieb auch dann haben, wenn ihre Leistungsfähigkeit durch ihr Alter beeinträchtigt worden ist. Leider ist uns der Name jenes Aufsichtsrats nicht bekannt, für dessen Meinung wir nur ein kräftiges Pfui übrig haben. Uebrigens möge er uns einmal die Frage beantworten, warum für die Aufsichtsräte gerade die ältesten Racker der Finanzaristokratie vorgezogen und fürstlich honoriert werden. Wir meinen, gerade dieser Umstand wirkt verteuernd auf den Betrieb ein.

Der profitgierige Kapitalismus schafft Menschen, die für ihre Mitmenschen nicht das geringste Pflichtgefühl kennen, Menschen, die nur ihr eigenes Ich kennen und unter allen Umständen Profite aus den Knochen der Arbeiter herausschinden wollen. Und wenn der Weg dabei über Not und Elend, ja über Leichen geht, nichts ist ihnen zur Erreichung ihres Zieles heilig. Gegen solche Auswüchse zu kämpfen, ist Pflicht der menschlichen Gesellschaft, vor allem aber Aufgabe des Proletariats, das die Schäden der kapitalistischen Gesellschaftsordnung am eigenen Leibe zu verspüren hat.

B.

× Arbeiterbeschaffung und Arbeiterwechsel in Jammerkusen.

In keiner andern Industrie findet ein so großer, weit über normale Verhältnisse hinausgehender Arbeiterwechsel statt, wie in der chemischen Industrie. Der Grund hierfür ist erstens in den für die Arbeiter bezahlten niedrigen Löhnen, zweitens in der ungesunden Arbeit und drittens in der oft „liebevollen" Behandlung zu suchen. Daß ein so großer Wechsel in den Arbeitskräften einem Betriebe keinen Nutzen bringt, das wissen die maßgebenden Stellen allenthalben, aber Abhilfe wird in den seltensten Fällen geschaffen, in der Hoffnung, daß sich doch immer Dumme genug finden, die die Zustände in dieser Industrie nicht kennen. Ein kleines Bild, in welcher Weise der Arbeiterwechsel und die Arbeiterbeschaffung vor sich geht, bietet uns ein Einblick in den Betrieb der Farbenfabriken von Beyer u. Ko. in Leverkusen. In diesem Betrieb wechseln durchschnittlich im Jahre 66 bis 70 Prozent der gesamten Arbeiter ihre Stellung, in einzelnen Betrieben ist der Prozentsatz noch bedeutend höher. 90 Prozent der Wechselnden wiederum nehmen freiwillig ihren Abschied aus den oben angeführten Gründen. Daß da alle Mittel und Wege benutzt werden, um die entstehenden Lücken stets wieder auszufüllen, braucht nicht besonders erwähnt zu werden. Die Farbwerke haben denn auch stets ihre Agenten zur Anwerbung draußen, benutzen die Arbeitsnachweise in Düsseldorf, Köln, Herford, Frankfurt, Hannover und Bielefeld, zahlen ihren eigenen Arbeitern für jeden Arbeiter Anwerbungsprämie usw. Daß die Arbeiterbeschaffung auf diese Art einen schönen Batzen Geld kostet, geht daraus hervor, daß ein Arbeiter durch einen der oben genannten Arbeitsnachweise zugewiesen, etwa 19 Mk., ein Arbeiter durch Agenten beschafft, 33 Mk. und ein Arbeiter, durch eigene Arbeiter in den Betrieb geführt, 20 Mk. kostet. Wohlgemerkt: nur die Anwerbung, die Umzugskosten sind hierbei noch nicht berücksichtigt. Rechnet man, was ein Arbeiter kostet, der von den Angeworbenen am Schluß des Anwerbungsjahres noch im Betrieb ist, so stellen sich die Unkosten wie folgt: Ein Arbeiter durch Arbeitsnachweis beschafft, etwa 90 Mk., durch Arbeiter im Betriebe beschafft, 30 Mk., durch Agenten zugetrieben, 70 Mk. Man kann hier leicht ausrechnen, daß die Arbeiterbeschaffung jährlich ungezählte Tausende von Mark kostet. An Umzugsgelder werden nach einer bestimmten Zeit je nach der Entfernung 60 bis 120 Mk. bezahlt. Der im Betrieb beschäftigte Arbeiter, der einen Mann hineinbesorgt, erhält, wenn der Angeworbene 4 Wochen aushält, 10 Mk., wenn er 26 Wochen aushält, 30 Mk. Ein vollständiger Nachrichten- vielmehr Spionagedienst ist dort eingerichtet, denn allein im Jahre 1910 liefen 1641 Auskünfte über eingestellte Arbeiter ein und 2312 Anfragen gingen aus. Diese Anfragen werden sich jedenfalls auf mehr als die bloße Einstellung bezogen haben. Interessant ist noch das Verbleiben der Arbeiter im Betrieb, im ersten Monat suchen schon etwa 38 Prozent das Weite, im dritten Monat hören etwa 24 Prozent auf, im sechsten Monat geben etwa 15 Prozent die Arbeit auf, und 6 bis 7 Prozent halten das Jahr über aus, um die 25 Mk. Prämie zu bekommen. Nur ein kleiner Prozentsatz bleibt länger im Betriebe. Beachtenswert ist auch noch der Prozentsatz der durch die einzelnen Institutionen beschafften Arbeitskräfte, die am Schluß des Jahres noch im Betrieb sind. Von den durch die Arbeitsnachweise beschafften Leuten sind am Jahresschluß noch etwa 18 bis 19 Prozent im Betriebe, von den durch Agenten beschafften Arbeitern arbeiten am Schluß des Jahres noch etwa 47 Prozent in der Fabrik, während die durch eigene Arbeiter in den Betrieb gebrachten Leute am Jahresschluß noch mit etwa 70 Prozent vertreten sind. Daß die letzte Kategorie verhältnismäßig am längsten aushält, hat seine Ursachen in dem persönlichen Verkehr des Anwerbers mit dem Angeworbenen, der nicht mit der Anwerbung und Aufnahme der Arbeit aufhört, sondern fortbesteht. Durch Freundschaftsdienste und persönliche Ermunterung wird der Angeworbene über die Enttäuschungen hinweggetröstet, bis der Anwerber im Besitz seiner Prämie, die man unter Umständen auch „Judasgeld" nennen kann, ist. Die größten Schwierigkeiten des Arbeitswechsels haben die Betriebsvorsteher, die Doktoren der einzelnen Betriebe. Bekanntlich rechnet jeder Betrieb für sich ab, was er für Rohmaterialien bezogen, für Reparatur verausgabt, für Arbeitslöhne bezahlt usw. Jeder Doktor ist daher bemüht, am Abschlußtag den Rekord geschlagen, also das meiste aus seiner Abteilung herausgewirtschaftet zu haben, denn dann fällt auch

für ihn etwas ab. Ist aber in seinem Betrieb der Wechsel zu groß und muß sich der Betriebsleiter mit minder guten, noch nicht angelernten Arbeitern behelfen, dann kommt das Quantum nicht heraus, und anstatt Prämie gibt es öfters eine — Nase. Deshalb sehen es auch die meisten Doktoren nicht gern, wenn von „oben" der Befehl kommt, daß der oder der Mann entlassen werden soll wegen — na, wegen zu viel Freiheit, die sich der Arbeiter außerhalb des Betriebes genommen hat. Wenn man noch berechnet, daß die einzelnen Betriebsleiter einen Teil der Kosten für Arbeiterbeschaffung auf ihr Konto verrechnet bekommen, so kann man sich vorstellen, daß die Doktoren nicht erbaut sind von dem großen Wechsel der Arbeiter. Hätten die Betriebsleiter mehr Ellbogenfreiheit, so würden sie den Wechsel etwas eindämmen können durch Abstellung der Ursachen; aber für die Doktoren gibt es auch keinen andern Ausweg, als zu gehorchen. Und so wird erst mit der gänzlichen Abstellung der oben angeführten Ursachen der allugroße Arbeiterwechsel in der chemischen Industrie verschwinden. Arbeitskraft und Gesundheit, das einzige Kapital des Arbeiters, werden und müssen aber vom Arbeiter selbst geschützt werden, soll dies Kapital nicht vor der Zeit aufgebraucht sein.

× **Unfall-Liste.**

Ein schwerer Unfall ereignete sich am 13. Mai auf der Lindener Zündhütchenfabrik. Der Arbeiter F. Maske wurde beim Pulveraufgeben so schwer verletzt, daß er ins Siloah-Krankenhaus gebracht werden mußte, wo er bald nach seiner Einlieferung starb. Dieser Unfall ist lediglich auf den starken Leutewechsel und das Akkordsystem zurückzuführen. Es wäre wünschenswert, wenn diese Art Mißstände beseitigt würden.

Durch Platzen eines Dampfrohrs im Raum Aetzkali des Werkes Elektron in Griesheim verunglückten kürzlich drei Arbeiter schwer, so daß zwei derselben ins Krankenhaus überführt werden mußten.

In der chemischen Fabrik zu Hönningen a. Rh. wurden kürzlich zehn Arbeiter durch ausströmende Gase aus einer undichten Leitung betäubt. Ein 17 Jahre alter Arbeiter fand den Tod. Die andern konnten wieder ins Leben zurückgerufen werden.

Im Farbwerk Mühlheim a. M. hatte sich am 8. Mai der Arbeiter Peter Wolf durch Ueberspritzen von Natronlauge derart im Gesicht und an der Brust verletzt, daß er in das Krankenhaus nach Groß-Steinheim verbracht werden mußte. Die Schutzbestimmungen werden in dem Betrieb mißachtet, denn der Arbeiter mußte ohne Schutzbrille die Arbeit verrichten. Die Verbrennungen sind derart, daß das Augenlicht gefährdet ist.

Ein zweiter schwerer Unglücksfall ereignete sich im Werk Elektron-Griesheim (vorm. Oehlert) in Offenbach a. M. Im Versandlager wurde am 18. Mai kurz vor Mittag der Arbeiter Wüstholz von einem schweren Unglück betroffen. Wüstholz hatte einen Aufzug zu bedienen und wollte nachsehen, wo sich der Aufzug befindet. Als er durch die Schachtöffnung sah, kam in demselben Augenblick der Fahrstuhl herangesaust und traf den Unglücklichen am Kopfe. Er erlitt schwere Quetschungen und wurde bewußtlos ins städtische Krankenhaus gebracht.

Zement- und Ziegel-Industrie

= **An die Ortsverwaltungen, Vertrauensleute und Einzelmitglieder.**

In den nächsten Tagen gehen den Zahlstellen die Fragebogen zur Aufnahme einer Betriebsstatistik in der Ziegel- und Zementindustrie zu. Die Statistik bezweckt, die in den beiden Industriezweigen herrschenden Lohn- und Arbeitsverhältnisse allgemein zu ergründen. Es erscheint dies notwendig, um vor allem ziffernmäßiges Material für Agitation und Lohnbewegungen zu erhalten, ferner, um die Uebelstände aller Art festzustellen, um so die Grundlage für gesetzliche Maßnahmen zu schaffen und schließlich, um auch bestimmte Ziffern über den Organisationsstand zu erhalten. Um dies zu erreichen, ist nun erforderlich, daß möglichst alle Betriebe (Ziegeleien und Zementfabriken), zum mindesten aber jene, in denen wir Mitglieder haben, von dieser Statistik erfaßt und die Fragebogen vollständig und wahrheitsgetreu ausgefüllt werden.

Es wird sich empfehlen, einige Tage vor der Aufnahme der Statistik die Vertrauensleute über die Bedeutung der gestellten Fragen genau zu unterrichten, ihnen eventuell eine Abschrift des Fragebogens zu übermitteln, damit sie Zeit und Gelegenheit haben, sich über die einschlägigen Verhältnisse im Betriebe genau zu orientieren und die Fragen gewissenhaft zu beantworten. In größeren Betrieben ist aus jeder Abteilung ein Vertrauensmann damit zu betrauen. Die Statistik ist dann in der Woche vom 23. bis 30. Juni aufzunehmen und der zentralen Agitationsleitung zu übermitteln. In Betrieben, die nicht im Bereich einer Zahlstelle liegen, haben sich die Einzelmitglieder dieser Aufgabe zu unterziehen.

Sollten die genannten Fragebogen nicht ausreichen, so sind die noch fehlenden Bogen von hier einzufordern. In Anbetracht der wichtigen Aufgaben, die der Statistik zugewiesen sind, ist es Pflicht der Ortsverwaltungen, Vertrauensleute und Einzelmitglieder, diese Angelegenheit nicht nebensächlich zu behandeln, sondern dafür zu sorgen, daß sie auch ihren Aufgaben gerecht zu werden vermag.

Die Agitationsleitung.

Die Zementindustrie Preußens im Jahre 1911.

III.

Die größte Anzahl von Zementfabriken hat der Bezirk Münster aufzuweisen. Sie betrug im Berichtsjahre 24, wovon 19 im Kreise Beckum liegen. Beschäftigt wurden insgesamt 2299 Arbeiter. Der Arbeiterwechsel ist auch hier enorm. War doch in 19 Fabriken ein Abgang von 2443 Arbeitern zu verzeichnen. Mit den Gesundheitsverhältnissen liegt es nicht besser. Auf je 100 Arbeiter kamen 50 Krankheitsfälle und 638 Krankheitstage. Einem Arzt fiel auf, daß besonders in der Uebergangszeit vom Frühjahr zum Sommer und vom Sommer zum Herbst vielfach Arbeiter erschienen, die mit einem stark juckenden, geröteten Hautausschlage behaftet waren, der sich am ganzen Körper, besonders aber an den Beugeflächen zeigte. Meistens sind es Arbeiter gewesen, die an den Brennöfen oder im Packraum beschäftigt waren. Ein andrer Arzt entfernte bei einem Zementarbeiter einen sogenannten Nasenstein, der so groß war, daß er die Nasenscheidewand durchlöcherte. Der Durchschnittslohn betrug pro Schicht für die Grubenarbeiter 5,50 Mk., für die beim Transport und der weiteren Verarbeitung des Rohmaterials beschäftigten Personen 4,50 Mk., für die Arbeiter an den Brennöfen und in der Mülleri ebenfalls 4,50 Mk., für die Zementpacker 6 Mk. und für die sonstigen Arbeiter 4 Mk.

Im Bezirk Minden sind sechs Zementfabriken mit 622 beschäftigten Arbeitern vorhanden. Fünf davon erzeugen Portlandzement, während die sechste, die nur 25 Arbeiter beschäftigt, Romanzement und Kalk in gewöhnlichen Trichteröfen herstellt. Arbeiterwechsel und Gesundheitsverhältnisse sind, wie üblich, ungünstig. In zwei Zementfabriken wurde beim Entstauben der Zementsäcke eine starke Staubentwicklung angetroffen. Das Entstauben geschah durch rotierende, aus Holzplatten zusammengesetzte Trommeln, die in einem kleinen Raume aufgestellt waren. Da ein Abfangen des Staubes nicht erfolgte und die mit dem Ausbessern der Säcke betrauten in Akkord beschäftigten Arbeiterinnen den Raum ohne Rücksicht auf die Staubgefahr betreten mußten, wurde auf Beseitigung dieses Uebelstandes gedrungen. Eine Fabrik besitzt zur Entstaubung der Säcke gut wirkende, mit Staubabsaugung versehene Klopfmaschinen, während die übrigen Fabriken ihre Säcke in der vom Zementsyndikat errichteten Sackzentrale reinigen und ausbessern lassen.

Im Bezirk Arnsberg gibt es nur eine Zementfabrik, die 107 Arbeiter beschäftigt. Obwohl das Werk erst 1910 errichtet wurde, fehlt es an Wasch- und Badeeinrichtungen und an Trinkwasser. Das Trinkwasser wird wohl täglich in einer großen hölzernen Tonne herbeigeholt; es kann aber, sobald es einige Zeit steht, nicht mehr zum Trinken benutzt werden. Im Gewerbeinspektionsbericht wird dann über enormen Branntweingenuß geklagt, es ist dieser unter den obwaltenden Umständen aber durchaus verständlich. Im Bericht heißt es darüber: „Die Werkleiter würden eine Maßnahme mit Freuden begrüßen, wie sie die Regierung in Oberschlesien durchgeführt hat, wo die Oeffnung der Schankstätten vor morgens 8 Uhr verboten und der Schluß der Branntweinschankstätten an den Lohntagen auf 4 Uhr nachmittags festgesetzt ist." Wir versprechen uns von solchen Zwangsmaßnahmen keinen allzugroßen Erfolg; wohl aber von einer systematischen Belehrung der Arbeiter, dann von der Lieferung billiger alkoholfreier Getränke und nicht zuletzt von einer angemessenen Entlohnung. Derlei Maßnahmen duldet aber jedenfalls die Profitsucht nicht; da ist eine polizeiliche Schnapsverordnung billiger.

Im Bezirk Kassel ist eine Zementfabrik (Elm), die 140 Arbeiter beschäftigt. Ein übermäßiger Alkoholgenuß wurde hier nicht wahrgenommen, da sich nach dem Bericht „die Arbeiterschaft aus einer genügsamen und anspruchslosen Landbevölkerung zusammensetzt". Auch sonstige Uebelstände wurden nicht ermittelt, da das Werk neu erbaut und 1911 erst in Betrieb gesetzt wurde. Der Gewerbeinspektion ist es also nicht aufgefallen, daß in diesem Betriebe die in den Schlafbaracken untergebrachten fremden Arbeiter der Tag- und Nachtschicht sich nicht nur bei der Arbeit, sondern auch beim Schlafen gegenseitig ablösten, indem die Nachtschichtarbeiter des Morgens in die noch warmen Lagerstätten der Tagschichtarbeiter krochen. Von besonderer Findigkeit der Aufsichtsbeamten zeugt dies jedenfalls nicht.

Der Bezirk Wiesbaden zählt zwei Zementfabriken mit zusammen 166 Arbeitern. Der kleinere Betrieb mit 45 beschäftigten Arbeitern ist mit Schachtöfen ausgestattet und arbeitet nach dem Trockenverfahren unter Verwendung von Hochofenschlacke. Obwohl die Gewinnung und der Transport des Rohmaterials an einen andern Unternehmer vergeben ist und die Maschinen nach dem Bericht fast staubfrei arbeiten, ist der Gesundheitszustand der Arbeiter äußerst ungünstig. So kamen 1910 auf die 45 Arbeiter 35 Krankheitsfälle, von denen jeder einzelne durchschnittlich 24 Tage währte. Ist in technischer Beziehung für die Arbeitergesundheit genügend Sorge getragen, so lassen diese Krankheitsziffern nur den Schluß zu, daß die Arbeitslöhne derart jammervoll sind, daß sie die Krankheitsgefahr begünstigen.

Der Bezirk Koblenz umfaßt drei Zementfabriken, in denen 242 Arbeiter beschäftigt werden. Es sind dies die Portlandzementfabrik Wetzlar, die Zementfabrik der Buderusschen Sophienhütte in Wetzlar und die Zementfabrik der Konkordiahütte in Bendorf. Die beiden erstgenannten Betriebe produzieren aus Kalkstein und Hochofenschlacke Eisenportlandzement, während der dritte Betrieb Passowzement herstellt. Das Verfahren dabei ist folgendes: Der Schlackensand wird in Drehtrommeln getrocknet und dann mit dem auf Steinbrechern zerkleinerten Kalkstein zusammen in Kugel- und Rohrmühlen fein gemahlen. Dieses Mehl wird dann angefeuchtet und zu Steinen gepreßt, dann in den Schachtöfen zu Klinkern gebrannt, die wiederum gebrochen und mit Schlackensand vermischt, zu Eisenportlandzement vermahlen werden. Das trockene Verfahren bildet natürlich eine einzige Staubquelle, die auf die Arbeitergesundheit ungünstig einwirkt. So kamen auf je 100 Arbeiter 68 Krankheitsfälle mit 1067 Krankheitstagen. An Lungentuberkulose erkrankten vier Arbeiter, die zusammen 421 Tage krank waren. Nach ihrer Genesung wurden sie aber in der Zementfabrik nicht wieder eingestellt. Sie können nun, nachdem sie ihre Gesundheit dem Zementkapital geopfert haben, sehen, wie sie sich durchs Leben schlagen; ob mit dem Hausierkasten oder Leierkasten ist den Zementherren gleichgültig.

Im Bezirk Düsseldorf sind drei Zementfabriken vorhanden, die 268 Arbeiter beschäftigen. Die Arbeitsverhältnisse sind die üblich miserablen. In zwei Fabriken herrscht sogar noch die 11stündige Arbeitszeit. Für die 268 Arbeiter sind in den drei Betrieben eine Badewanne, 16 Brausen und 42 Waschschüsseln vorhanden. An dieser Gesundheitsfürsorge läßt sich der Zustand der übrigen Verhältnisse ermessen.

Der Bezirk Köln zählt vier Zementfabriken mit 575 Arbeitern. Zu besonderem Bedenken gab eine Fabrik Anlaß, die noch alte Schachtöfen von großem Durchmesser in Betrieb hatte, in die die Arbeiter hineinsteigen mußten, um das gebrannte Material loszubrechen, wobei sie starker Hitze und großer Staubentwicklung ausgesetzt waren. Da die Schachtöfen aber in absehbarer Zeit durch Drehöfen ersetzt werden sollen, hat es die Gewerbeinspektion bei ihrem Bedenken bewenden lassen. Eine recht zarte Rücksichtnahme auf den Profit. — Hohe Temperaturen — bis 50 Grad — wurden an den Drehöfen vorgefunden. Ebenso ließen die Wascheinrichtungen noch viel zu wünschen übrig. Trotzdem schließt der Bericht mit der Bemerkung: „Die hygienischen Verhältnisse der Zementfabriken können hiernach im allgemeinen als gut bezeichnet werden." Einige Jahre praktische Arbeit in der Zementfabrik würden dem Berichterstatter zweifellos eine entgegengesetzte Ansicht aufzwingen.

Der Bezirk Trier weist nur eine Zementfabrik auf, in der 188 Arbeiter beschäftigt werden. Außerdem sind noch vier kleinere Betriebe vorhanden, in denen ein zementähnliches Produkt durch Mischung von Hochofenschlacke oder Schlackensand mit Kalk hergestellt wird. Beschäftigt werden darin 98 Arbeiter. Von den 188 Arbeitern der erstgenannten Fabrik waren im Berichtsjahre 104 krank, und zwar jeder einzelne durchschnittlich 17 Tage. Dieses ungünstige Gesundheitsverhältnis ist auf die alte Produktionsweise zurückzuführen, die in diesem Betriebe noch herrscht. So vollzieht sich der Transport des gebrannten Materials noch auf Handkarren, die Mühlen und Kollergänge sind ältester Konstruktion, und das Füllen der Zementsäcke geschieht durch Einschaufeln. Trotz dieser Uebelstände hält die Betriebsleitung bei der Einstellung von Arbeitern noch eine scharfe Auslese. Der Gewerbeinspektionsbericht bemerkt, daß die Firma nur gute, nüchterne und ordentliche Arbeiter in ihrem Betriebe dulde, und der hohe Bestand an alten, langjährigen Arbeitern falle vorteilhaft auf. Wenn es der Firma trotz der scheußlichen Zustände noch gelingt, Arbeiter an ihre Knochenmühle zu fesseln, so beruht dies nur auf den allgemein rückständigen Verhältnissen der dortigen Gegend, die wiederum in der Knechtseligkeit der dortigen Arbeiterschaft wurzeln.

= **Ein lippischer Ziegelmeister.**

In der Ziegelei Obergöler in Uellnitz bei Staßfurt hat seit einiger Zeit der 25jährige Ziegelmeister Kaiser aus Hohenhausen i. Lippe sein Zelt aufgeschlagen. Trotz der Jugendlichkeit entwickelt dieses Meisterlein schon außerordentliche Ziegelmeisterfähigkeiten, die allerdings nicht auf technischem Gebiete liegen. Vor allem ist er ein ausgesprochener Feind der Organisation; als Ritter der Lehmzunft hat er sich vorgenommen, den Drachen Organisation, der den geheiligten Ziegelmeisterprofit bedroht, zu erwürgen. So hat der jugendliche Meister in den letzten Wochen eine Anzahl Arbeiter entlassen, weil sie alle 14 Tage die volle Lohnauszahlung verlangten, die ihnen von vornherein versprochen worden war. Wenn der Meister den Arbeitern den versprochenen Lohn voll auszahlen will, so kann es ihm doch vollständig gleichgültig sein, ob er den Lohn alle 14 Tage oder am Kampagneschluß auszahlt; die paar Mark Zinsen, die er von dem zurückbehaltenen Lohn einstreicht, und die ihm dadurch entgehen, wird seinem meisterlicher Geldsack doch wohl verschmerzen können. Erfährt der Meister gar, daß einer von „seinen" Arbeitern dem Verbande angehört, dann ist es natürlich sofort alle. Solche „schlechte" Menschen, die auf den Ziegeleien geordnete Lohn- und Arbeitsverhältnisse erstreben, kann er nicht gebrauchen, die sind ihm zu gefährlich, die müssen raus. Für das Essen — es ist Ziegleressen — nimmt der Ziegler freund 2,50 Mk. pro Woche. Aber auch die Behandlung der Arbeiter ist eine sehr noble. Besonders das Wort „Schwein" ist ihm sehr geläufig, so daß sich die Arbeiter oft auf einen Kasernenhof versetzt glauben.

Schweinemäßig sind allerdings die gesamten Zustände in der Ziegelei. Die Aborte bestehen aus zwei Bretterwänden und einer Latte. Die Vorder- und Rückseite ist offen, so daß sich den Vorübergehenden nicht gerade ein herrlicher Anblick darbietet. Nicht besser ist es mit der Wascheinrichtung, die ist beinahe so modern, wie der Ziegelmeister. Sie besteht aus drei Waschbecken, von denen zwei auslaufen, also unbrauchbar sind. Handtücher und Bettwäsche sind hier unbekannte Dinge. Der Meister und vielleicht auch der Besitzer denken wohl, „Schweine" brauchen derartigen Luxus nicht. Die „Betten" werden überhaupt nicht geordnet und ausgefegt wird der Schlafraum wöchentlich höchstens ein- oder zweimal. Die Folge dieser Schweinerei sind natürlich eine Menge der bekannten braunen Tierchen. Nur bei dem Meister und dem Maschinisten ist es anders; bei denen wird täglich für Ordnung und Reinlichkeit gesorgt, denn Unterschied muß sein. Ebenso fehlen auch die Kleiderschränke für beide nicht, während für die 16 Arbeiter nur 12 Eßwarenkasten vorhanden sind. Auch die Brennerliste hängt nicht aus; der Brenner muß Sonntags genau so seine Arbeit verrichten wie Werktags.

Die gesetzlichen Vorschriften scheint das schneidige Meisterlein auch nicht zu kennen. Denn er beschäftigt nicht nur einen jugendlichen Arbeiter von morgens 5 Uhr bis abends 7 Uhr, sondern auch an zwei Tagen wöchentlich einige Schulkinder. Auch an Gefahren für Glieder und Leben fehlt es in dieser Knochenmühle nicht. So ist ein etwa 15 Meter tiefer Brunnen vollständig offen, selbst die Einfriedigung fehlt, so daß er eine gefährliche Menschenfalle darstellt. Dasselbe trifft auch für die Tongrube zu. Dort wird mit Wissen des Meisters die Tonwand oft bis 1½ Meter unterhöhlt, an der die Arbeiter die Wagen zu laden haben. Nun ist wohl kürzlich der Betrieb durch einen Gewerbeaufsichtsbeamten revidiert worden; irgendwelche Aenderung hat sich bis jetzt jedoch noch nicht gezeigt. Mag sein, daß er diese Uebelstände übersehen hat, was allerdings schwer anzunehmen ist.

= **Ein organisationsfeindlicher Ziegelmeister.**

Die Ziegelmeister von Chemnitz und Umgegend haben bekanntlich den „schröcklichen" Schwur geleistet, in diesem Jahre keine organisierten Ziegeleiarbeiter zu beschäftigen, weil diese ihrem Profit, der nicht immer auf ehrliche Weise erworben wird, zu gefährlich erscheinen. Sie haben sich neue Arbeiter aus aller Herren Länder herbeigeholt, denen sie wesentlich niedrigere Löhne zahlen als den organisierten Arbeitern im vorigen Jahre. Den neuen, fremden Arbeitern, denen natürlich die vorjährigen Verhältnisse vollständig unbekannt sind, glaubten die Herren alles mögliche bieten zu können. Damit ihnen die Organisation keinen Strich durch die Rechnung macht, wachen sie eifersüchtig darüber, daß ihre Arbeiter nicht mit Organisierten zusammentreffen oder gar in eine Versammlung gehen. Sobald sich so ein „Hetzer" mit Flugblättern oder Einladungszetteln dem Betriebe nähert, steht auch schon das Meisterlein wie ein drohender Cherubim an der Pforte des Zieglerparadieses, um dem frechen Eindringling, wenn auch nicht mit einem flammenden Schwert, so doch mit einem Gummiknüppel, Schaufelstiel, Ziegelbrocken oder mit Hilfe eines zähnefletschenden, vierbeinigen Bundesgenossen den Eintritt zu verwehren.

Daß den Leutchen diese Maßnahmen so manchesmal gar nichts nützen, zeigt folgendes ergötzliche Geschichtchen. Auf der Ziegelei Müller in Erdmannsdorf bei Chemnitz hat der Meister Finne sein Zelt aufgeschlagen und ängstlich wachte er dieses Frühjahr, daß seine Arbeiter von der „Verhetzung" verschont blieben. Als eines schönen Sonntags so ein „roter Versucher" aus Chemnitz in der Wohnbaracke erschien, wurde ihm schleunigst gezeigt, wo der Zimmermann das Loch gelassen hat. Aber es war schon zu spät. Der Kollege hatte die Arbeiter schon zu einer Versammlung am kommenden Sonntag eingeladen. Der Meister erfuhr davon und schmiedete die Woche über „schröckliche" Pläne, um das drohende Unheil abzuwenden. Er beschloß in die Versammlung zu gehen und durch seine Anwesenheit die Arbeiter einzuschüchtern und den Erfolg zu vereiteln. Und pünktlich stellte er sich ein, noch bevor seine Arbeiter erschienen waren. Siegessicher leerte er Glas um Glas, immer seiner Arbeiter wartend. Diese aber waren schon längst durch einen zweiten Eingang in das Versammlungslokal dirigiert worden. So tagte oben die Versammlung und unten lauerte das Meisterlein. Endlich, nach langem Warten, kam ihm die Erleuchtung, daß die Versammlung wohl, um ihn irre zu führen, in einem andern Lokale tagen müsse. Mißmutig trabte er von dannen, um die „schlechte Gesellschaft" aufzustöbern. Von wildem Grimme beseelt, ging er von einer Kneipe zur andern, aber erfolglos. Inzwischen hatte die Versammlung ihr Ende erreicht und sämtliche Arbeiter hatten sich der Organisation angeschlossen. Als die Versammelten schon das Lokal verlassen hatten, kam auch der Meister von seinem Streifzuge zurück und erfuhr nun, daß die Versammlung hier getagt hatte, während er im Schweiße seines Angesichts sämtliche Wirtschaften abgeklopft hatte.

Nun war die Entrüstung natürlich groß. Daß ihn selbst seine Arbeiter hinters Licht führten, das hätte er nicht geglaubt. Mit finstern Racheplänen erfüllt, verließ er die Stätte seiner Niederlage. Am nächsten Morgen erhielten zwei lippische Kollegen, als die Rädelsführer, ihre Entlassung. Die übrigen Arbeiter erklärten sich aber zum Schrecken des Meisters mit den Entlassenen solidarisch und legten die Arbeit nieder. Damit hatte der Meister allerdings nicht gerechnet. Zwei Mann konnte er zur Not einige Tage entbehren, aber alle, nein, das ging nicht; er konnte doch nicht den ganzen Betrieb stillegen. So mußte er denn seine Rachegefühle zügeln und die Entlassenen wieder einstellen. Der telephonisch herbeigerufene Ziegeleibesitzer wurde fast von einem Ohnmachtsanfall ergriffen, als er vernahm, daß seine Arbeiter im Verbande sind und sogar gestreikt haben. Er forderte von dem Meister, sofort sechs Arbeiter zu entlassen, damit wieder Ruhe in seinem Betriebe herrsche. Der Meister verlangte aber in diesem Falle Ersatz für den dadurch entstehenden Schaden und so kühlte sich auch der Ingrimm des Besitzers rasch ab und er verzichtete auf die Entlassung.

Was der Meister nicht durch Zwangsmaßnahmen erreichen konnte, suchte er nun auf anderm Wege zu erreichen. Er versprach, den Arbeitern das geleistete Eintrittsgeld zurückzuerstatten und noch jedem 3 Mark extra zu zahlen, wenn sie dem Verbande wieder den Rücken kehrten. Die Kollegen lehnten dieses wenig anständige Ansinnen glatt ab; sie wußten, daß der Meister gewichtige Gründe haben muß, wenn er sie aus dem Verband herauskaufen will. Sie wußten auch, daß, wenn ein Ziegelmeister seinen Verpflichtungen gegenüber den Arbeitern nachkommt, er die Organisation nicht zu fürchten braucht, und bedeuteten dem Meisterlein, daß sie keine Lust haben, ihre Arbeiterrechte für 30 Groschen zu verkaufen.